

Attac Deutschland Sozial-ökologische Transformation Reader für den Frühjahrsratschlag

Inhaltsverzeichnis

1.	
Beiträge der Bundesarbeitsgruppen und weiterer Attac-Gruppen	Seite 2
Beiträge der Regionalgruppen	Seite16
2. zur Debatte:	Seite 30
- Kokreis	
- Margareta Steinrücke	
- Franz Groll	
- Horst Müller/attac-Nürnberg	
3. Globales attac-netzwerk:	Seite 46
Attac Frankreich: Steuergerechtigkeit und Einleitung des ökologischen Übergangs	
4. Links	Seite 48
a. externe	
b. zu den Beiträgen für den Frühjahrsratschlag: Vorträge /2 Fishbowls	

Bundesweite Arbeitsgruppen

26. November 2019

Liebe bundesweite Ags, Regionalgruppen, Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats und weitere Arbeitszusammenhänge von Attac, liebe Mitgliedsorganisationen,

wir haben im letzten Jahr beschlossen, den Einsatz für eine Sozial-Ökologische Transformation (SÖT) zum Schwerpunkt unserer ATTAC-Arbeit zu machen.

Die Attac-Zusammenhänge arbeiten zu vielen verschiedenen Themen, die alle auch etwas mit sozial-ökologischer Transformation zu tun haben. Es fehlt jedoch teilweise an inhaltlichem Austausch und Kooperation bei Aktivitäten.

Wir haben auf der Ratssitzung am 10.11. daher Folgendes beschlossen:

Wir laden euch ein, gemeinsam auf dem Frühjahrsratschlag darüber zu beraten, wie wir die verschiedenen Ansätze zu einer kraftvollen „Erzählung“ zusammenführen, die uns hilft, vereint im emanzipatorischen Lager eine echte sozial-ökologische Transformation durchzusetzen.

Dafür schlagen wir folgende Schritte vor:

Könntet ihr auf 1 -2 Seiten kurz zusammenfassen, was eure Themen /eure Aktivitäten mit SÖT zu tun haben und ob und wie ihr euch dazu einbringen wollt.

Wir bitten euch, uns dies bis zum 15.1. mitzuteilen.

Wir wollen dann zur Vorbereitung des Frühjahrsratschlags die Rückmeldungen auswerten.

Zur Orientierung, was wir bisher unter SÖT verstehen, anbei ein Textauszug aus einer Präsentation vom letzten Frühjahrsratschlag:

Wir brauchen eine entschlossene sozial-ökologische Wende in allen Lebensbereichen:

Mit einer Energiewende, die auf erneuerbare Energien in Bürger*innenhand setzt.

Mit einer Agrarwende, die statt exportgetriebener Massenproduktion auf die Förderung ökologisch-solidarischer Landwirtschaft setzt.

Mit einer Verkehrswende, die massiv den klimaschädlichen Autoverkehr zurückbaut und stattdessen Mobilität für Alle sichert.

Mit industrieller Abrüstung, in der überflüssige Produktion – zuallererst Rüstung – durch gesellschaftlich nützliche Produktion ersetzt wird.

Wir wollen in solidarischen Kommunen leben, die den Menschen ein gutes Leben mit bezahlbarem Wohnen, guter Bildung, Pflege, Gesundheit gewährleisten.

Das Alles ist bezahlbar, wenn die öffentlichen Einnahmen durch Austrocknen von Steueroasen, angemessene Besteuerung von Konzernen und Vermögenden und den Abbau umweltschädlicher Subventionen erhöht und in CO2-neutrale Investitionen in das Gemeinwesen investiert.

Wir hoffen auf eure Mitarbeit und sind gespannt auf eure Rückmeldung.

Die Attac-Arbeitsliste Sozial-ökologische Transformation. Mail an: attac-al-soet@listen.attac.de

Beiträge der Bundesweiten Arbeitsgruppen (Stand : 26.Januar 2020)

1. ArbeitFairTeilen	3
2. EKV-AG	4
3. Finanzmärkte und Steuern	4
4. Genug für alle	6
5. Jenseits des Wachstums	9
6. AG Kommunen & AG De-Privatisierung	9
7. Globalisierung und Krieg	10
8. AG Soziale Sicherungssysteme	11
9. WTO und Welthandel	12
<u>Beiträge von weiteren Arbeitsgruppen:</u>	
10. Gegen Rechts	14
11. PG Europa	15

BAG ArbeitFairTeilen

<https://www.attac-netzwerk.de/ag-arbeitsfairteilen>

Arbeitszeitverkürzung bzw. Arbeitfairteilen spielt in mehrerlei hinsicht eine entscheidende rolle für das gelingen einer sozialökologischen transformation:

1. wenn wir unter der zur erreichung auch nur des 2grad-ziels notwendigen grenze an treibhausgasausstoß bleiben wollen, dürften wir in einem industriell entwickelten land wie deutschland im durchschnitt nur noch zwischen 6 und 12 stunden pro woche arbeiten(berechnungen unseres neuen AG AFT-mitglieds Philipp Frey vom Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse in Karlsruhe in seiner gerade erschienenen studie "The Ecological Limits of Work"; der nestor der katholischen soziallehre, Oswald von Nell-Breuning hat schon vor über 30 jahren gesagt, dass wir unter verzicht auf ver schleiß-, rüstungs- und unsinnproduktion mit 8 stunden arbeit pro woche auskämen).
2. wenn wir all den beschäftigten, die in den besonders klimaschädlichen branchen (kohlebergbau, fossile energieproduktion, automobilindustrie u.a.) ihre arbeitsplätze verlieren müssen, alternative arbeitsplätze bieten wollen, müssen wir das verbleibende arbeitsvolumen mittels einer radikalen arbeitszeitverkürzung in allen branchen umverteilen. die faire neuverteilung von arbeit ist eine zentrale bedingung einer just transition. zu diesem aspekt der sozialökologischen transformation führt die AG AFT zusammen mit der AG EKU und den Gewerkschafter*innen für den Klimaschutz eine konferenz "Vom Klimawandel zum Gesellschaftswandel - Klimaschutz, Arbeitsplätze, anders Arbeiten und Leben" am 25.1.20 in Köln durch und speist die entsprechenden argumente kontinuierlich in entsprechende diskussionszusammenhänge wie z.b. "Zukunft Automobil" der Rosa Luxemburg-Stiftung ein. im herbst 2020 wird das European Network for the Fair Sharing of Working Time, dessen konstitutives mitglied die AG AFT ist, in brüssel eine größere konferenz zur frage "Klimaschutz und Arbeitszeitverkürzung" durchführen.
3. wenn wir einen ökologischen, für mensch und umwelt verträglichen lebensstil pflegen wollen, mit recyceln, reparieren, teilen statt wegwerfen und neukaufen, mit ausreichend zeit für eine gute sorge und pflege von kindern, älteren menschen, kranken, aber auch von uns selbst, mit möglicherweise auch teilweisem eigenanbau von lebensmitteln, brauchen wir viel mehr zeit, als wir jetzt mit einer durchschnittlich 40stunden erwerbsarbeitswoche haben. auch für eine ökologisch vertretbare weise, urlaub zu machen und für die entfaltung unserer kreativen fähigkeiten brauchen wir viel mehr zeit, als wir mit der üblichen erwerbsarbeitszeit von 40 stunden haben. der postwachstumstheoretiker Nico Paech plädiert deshalb schon lange für eine reduktion der erwerbsarbeitszeit auf 20 stunden pro woche. zu diesem komplex wird die ag aft sich mit einem beitrag auf der Degrowth Vienna 29.5.-1.6.20 in wien an der diskussion beteiligen.
4. wir sollten ganz generell auf eine umdefinition von wohlstand in einer zukunftsfähigen anderen welt hinarbeiten: statt geld- und konsumwohlstand muss zeitwohlstand die neue leitwährung werden. die utopie der frei verfügbaren zeit als raum menschlicher entwicklung und menschlicher beziehungen (Karl Marx) anstelle der tödlichen anhäufung von geld und gütern muss ein zentraler bestandteil einer sozialökologischen transformationsstrategie werden, wie attac sie entwickelt. zu dieser frage steht die ag aft im austausch mit dem konzeptwerk neue ökonomie in leipzig und wird sich mit einem beitrag dazu an dem vom knö zusammen mit attac u.a. ausgerichteten kongress zu "Utopie" 25.-29.8.20 in leipzig beteiligen. Die AG ArbeitFairTeilen ist gerne bereit, diesen ihren beitrag auf dem frühjahrsratschlag in die attac-debatte um sozialökologische transformation einzubringen (in welcher gewünschten form auch immer)

Bundesarbeitsgruppe EKU-AG

<https://www.attac-netzwerk.de/ag-eku>

Das von der eku mit verfasste NGO papier zum Kohleausstieg von 2017 ist leider noch aktuell
<https://www.attac-netzwerk.de/ag-eku/anti-kohle/>

Zum Klimastreik letzten November erstellten wir einen Flyer zu Klimagerechtigkeit, zur SÖT und zur Entmachtung und Demokratisierung der Energiekonzerne, zu letzterem auch einen "Flicker"

<https://www.attac-netzwerk.de/ag-eku/downloads/flyer/>

Außerdem lässt sich für die von euch zu erstellenden Kernpunkte der Beitrag der EKU auf dem Einladungsflyer zur gestrigen Konferenz heranziehen: „Der Kohleausstieg ist die schnellste Sofortmaßnahme für den Klimaschutz. Umbauen heißt: Ökologisch und sozial sinnvoll produzieren, kürzere Arbeitszeiten und bei Arbeitslosigkeit eine ausreichende Grundsicherung. Eckpunkte der Finanzierung: Keine Subventionen für fossile Energiekonzerne, für Atomkraft und für die Agrarindustrie; Ausgaben für das Militär werden radikal gekürzt; Finanztransaktionssteuern werden eingeführt genauso wie höhere Steuern für Konzerne und privates Vermögen.“

https://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/AGs/AG-Energie-Klima-Umwelt/Material/Flyer/25jan2020_in_Koeln_-

[Konferenz Vom Klimawandel zum Gesellschaftswandel - Flyer Druckvorlage.pdf](#)

Bereiche aus denen die AG weiteres (demnächst) anbieten kann:

- Infos zur Klimagerechtigkeitsbewegung: Welche Akteure gibt es, was passiert grad etc., ein papier zu ersterem für die SoAk 2019 hänge ich mal an
- Einschätzungen zur aktuellen Debatte um Klimaschutz
- wir diskutieren grad einen eigenen Text zur EZB
- Rückblick auf die gestrige Konferenz zu Klimaschutz und Arbeitsplätze

BAG Finanzmärkte und Steuern

<https://www.attac-netzwerk.de/ag-finanzmarkt-steuern>

Wie finanzieren wir die Sozial-Ökologische Transformation?

Die SÖT erfordert Investitionen in neue, nachhaltige Technologien, Produktions- und Verteilstrukturen, Dienstleistungen und Infrastruktur[1]. Das gilt unabhängig davon, ob ein neuer "grüner" Wachstumsschub angestrebt (Keynesianismus, Green New Deal) oder das Wachstumsparadigma der heutigen Wirtschaft überwunden werden soll (Postwachstum). Eine vorherige Klärung dieser innerlinken Kontroverse ist mithin nicht erforderlich.

Die Investitionen tragen nicht nur zur Nachhaltigkeit, sondern auch zur Stärkung der Demokratie und Verringerung der Ungleichheit bei, wenn sie folgende Bedingungen erfüllen:

- Sie erfolgen zu wesentlichen Teilen öffentlich, demokratisch kontrolliert.
- Sie stärken effiziente, kollektive Lösungen.
- Sie lassen keine bzw. nur minimale Renditen für private Kapitalgeber zu.

Das Ziel ist eine dezentralisierte Wirtschaft, die nicht mehr auf Wachstum und Gewinne angewiesen ist. Das setzt eine Stabilisierung der bestehenden Nullzinsumgebung voraus, wobei eine etwas höhere Inflation ggf. in Kauf zu nehmen ist.

Finanzierungsfragen sind stets mitentscheidend in der öffentlichen Debatte.

Um die notwendigen Finanzmittel aufzubringen, muss die Architektur unseres Steuer- und Abgabensystems grundlegend reformiert werden. Eine deutlich veränderte Gewichtung der Aufkommensbereiche 'Arbeit', 'Verbrauch/ Umsatz', 'Naturverbrauch/ Netze' sowie 'Vermögen/ Kapital' ist nötig. Daneben müssen private Mittel gezielt umgelenkt werden. Die sozialen Auswirkungen aller Maßnahmen sind immer zu berücksichtigen. Da Menschen mit niedrigem Einkommen kaum Steuern zahlen und durch sinkende Lohnsteuern daher nicht entlastet werden können, muss auf Ebene der Sozialversicherungen eingegriffen werden, um höhere Belastungen in anderen Bereichen auszugleichen.

1. Höhere und effektivere Besteuerung von Vermögen und Kapitalgewinnen

Wenn Steuerflucht und -vermeidung von Konzernen und Vermögenden konsequent bekämpft und Steueroasen ausgetrocknet werden, können die Steuern für kleine Unternehmen und Geringverdiener sinken. Um Großkonzerne angemessen an den Kosten des Gemeinwesens zu beteiligen, ist die Einführung einer europäischen, später globalen Gesamtkonzernsteuer nötig.

Da Besizende an der Sicherung ihrer Vermögenswerte interessiert sind, sollten sie auch dazu beitragen. Im Vergleich zu Großbritannien und den USA ist die Besteuerung von Vermögen in Deutschland sehr gering. Höhere Steuern auf Spitzeneinkommen sowie große Vermögen und Erbschaften sind gerechtfertigt und verkraftbar.

2. Ökologischer Umbau des Steuersystems

Der Verbrauch nicht-erneuerbarer Ressourcen muss durch Steuern oder Abgaben verteuert werden, ebenso die Nutzung transnationaler Netze (Güterverkehr, Energie, Daten, Finanzen).

Im Gegenzug müssen die Bürger*innen an anderer Stelle entlastet werden. Dadurch steigt die Gesamtbelastung nicht ('aufkommensneutral'), jedoch wird der Konsum ressourcen- und klimaintensiver Güter teurer. Strom wird relativ zu Öl, Gas und Kohle billiger.

3. Subventionsumbau

Die Umschichtung von Subventionen ist eine zentrale Maßnahme und sollte sofort beginnen. Subventionen sind als Element der Wirtschaftspolitik grundsätzlich legitim und sinnvoll, um Sektoren zu stärken oder erhalten. Die finanzielle Förderung von ökologischer Zerstörung muss jedoch schnellstmöglich beendet werden, sei es im Verkehrsbereich (z.B. Dienstwagen und Dieselprivileg, fehlende Kerosinsteuer) oder in der industriellen Intensiv-Landwirtschaft.

Die freiwerdenden Mittel müssen in nachhaltige Alternativen fließen, um diese zum für alle bezahlbaren Standard zu machen, z.B. kostenlosen ÖPNV, den Ausbau des Bahnnetzes oder die bäuerlich-ökologische Landwirtschaft. Auch sollte Geld in die Erforschung nachhaltiger Technologien fließen, deren Einsatz nach einer gewissen Zeit verpflichtend wird.

4. Öffentliche Investitionsfonds

Angesichts enormer Herausforderungen und negativer Realzinsen sollte auch die Aufnahme von Schulden in begrenztem Ausmaß nicht per se ausgeschlossen werden. Das kann insbes. geschehen durch die Einrichtung zweckgebundener öffentlicher Fonds zur Finanzierung neuer, ökologischer Infrastruktur.

Im Gegensatz zu konsumtiven Ausgaben können Investitionen in die Zukunft (wozu auch Förderprogramme für Forschung und Entwicklung gehören) grundsätzlich durch Schulden finanziert werden, da sie zum Aufbau realer neuer Werte (= Kreditsicherheiten) führen.

Gleichzeitig wird so "anlagesuchendes Vermögen" in reale Investitionen statt in spekulative Finanzmarktgeschäfte gelenkt - bei einer Nominalrendite, die zumindest nicht negativ ist.

5. Geldpolitik und öffentliche Förderbanken

Gegenwärtig sind weltweit 15 Billionen US-Dollar Anleihen mit negativen Zinsen am Markt, darunter auch solche großer Unternehmen (z.B. Siemens). Anlagesuchendes Vermögen ist reichlich vorhanden, das durch geschickte Geldpolitik umgelenkt werden kann.

Die EZB muss bei ihren Anleihenkäufen (oder der signalisierten Bereitschaft dazu) strenge Nachhaltigkeits-Kriterien[2] anlegen, um trotz negativer (Real-)Zinsen eine hohe Nachfrage nach 'grünen' Anleihen am Markt sicherzustellen. Ziel eines solchen 'gerichteten bzw. strategischen QE' müssen insbes. Papiere öffentlicher Förderbanken wie EIB oder KfW sein. Diese Banken müssen finanziell und politisch gestärkt und auf Nachhaltigkeit verpflichtet werden, um mit Nullzins-Krediten den Umbau der öffentlichen Infrastruktur zu finanzieren.

6. Nullzinskredite an sozial-ökologische Kleinunternehmen

Null- oder negative Zinsen darf es nicht nur für Großkonzerne geben, schon aus Gründen des fairen Wettbewerbs. Sozial-ökologisch wirtschaftenden, regional orientierten Unternehmen muss eine Nullzins-Finanzierung ermöglicht werden. Da bei Nullzinsen die Nachfrage nach Krediten tendenziell gegen unendlich geht, braucht es Mechanismen zur Kreditlenkung. Kreditgeber ist dabei eine öffentliche (Förder-)Bank. Die Vergabe kann über Regionalbanken oder Sparkassen in Zusammenarbeit mit regionalen Beiräten erfolgen, die Aktivitäten vor Ort qualifiziert beurteilen können. Dabei können sowohl ökologische als auch soziale und Demokratie-Aspekte (z.B. Genossenschaften) eine Rolle spielen.

[1] Grobe Schätzungen gehen für Deutschland von etwa 2 Billionen Euro Umbaukosten für Investitionen, Förderung und Kompensationen bis 2040 aus. Ein Teil davon muss öffentlich finanziert werden, insbesondere Zuschüsse zur Gebäudesanierung und zur Umstellung der Grundstoffindustrie, neue Verkehrsinfrastruktur sowie Aufforstungsprogramme. Andere Sektoren benötigen keine Zuschüsse; hier muss der Staat lediglich die Rahmenbedingungen setzen (z.B. Energiesektor, restliche Industrie, Verkehr) und bestehende Subventionen umlenken (z.B. Landwirtschaft). In manchen Bereichen sinken die Kosten im Effekt sogar, Bsp. Verkehr.

[2] Die Beurteilung der Nachhaltigkeit von Unternehmen ist hochkomplex und umstritten, aber essentiell für die gezielte Lenkung von Mitteln. Private und institutionelle Anleger*innen sowie öffentliche Stellen brauchen verlässliche Informationen darüber, wer tatsächlich einen Beitrag zum sozial-ökologischen Umbau leistet.

Um das zu gewährleisten, sollte eine unabhängige, staatlich finanzierte Nachhaltigkeits-Ratingagentur gegründet werden, die soziale, ökologische und Demokratie-Kriterien anlegt und ihre Methodik offenlegt. Weiterhin muss es eine verbindliche Berichterstattungspflicht für Unternehmen ab 10 Mio. Euro Jahresumsatz zu Fragen der Nachhaltigkeit geben.

BAG Genug für alle

<https://www.grundeinkommen-attac.de>

Sozial-ökologische Transformation (söT) und ein bedingungsloses Grundeinkommen

Erderwärmung, Verlust der biologischen Vielfalt, Ressourcenknappheit, soziale Ungleichheit– die Menschheit steht vor großen Herausforderungen. Die Idee, über wirtschaftliches Wachstum Armut zu reduzieren und den Ressourcenverbrauch über technologische Innovationen und ökologische Modernisierung zu senken, gilt in weiten Teilen der Ökologie- und wachstumskritischen Bewegungen als gescheitert. Die Umweltzerstörung schreitet fort und die Verknappung fossiler Rohstoffe führt zu immer zerstörerischen Fördertechniken. Ebenso wenig ist es gelungen, die sozialen Ungleichheiten zwischen dem globalen Norden und Süden sowie innerhalb von Gesellschaften zu verringern. Eine Milliarde Menschen hungert, Millionen Menschen flüchten vor Ressourcenkriegen und zunehmenden Wetterextremen aufgrund des Klimawandels. Gerade in der Krise suchen Kapitaleigner nach immer neuen Anlagemöglichkeiten. Immobilienspekulation. Der Bau von Staudämmen und der intensiviertere Ressourcenextraktivismus mithilfe neuer Technologien markieren eine marktförmige Zuspitzung gesellschaftlicher Naturverhältnisse.

Das kapitalistische Wachstum stößt immer mehr an ökologische Grenzen, die fossilen Energien und andere Ressourcen sind endlich und werden unter unmenschlichen Bedingungen abgebaut. Die Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre für Kohlenstoff ist beschränkt. Dabei wird deutlich, dass Wirtschaftswachstum nicht die Lösung der anstehenden Probleme ist, sondern deren Ursache. In einer globalisierten Weltwirtschaft mit einem harten Wettbewerb zwischen den Staaten um Wachstum gibt es keinen Spielraum für eine wirksame und gerechte Klimapolitik.

Keine Entkoppelung des (grünen) Wirtschaftswachstums von Ressourcenverbrauch und Schadstoffausstoß möglich

Trotz des Scheiterns des wachstums- und profitorientierten Wirtschaftssystems sehen die Hauptakteure in Politik und Wirtschaft Wachstum weiterhin als unverzichtbar an. Man hofft auf effizientere neue Techniken und Verfahren, die das Klima weniger belasten und die Ressourcen nachhaltiger nutzen. Qualitatives Wachstum, Grüne Ökonomie oder *Green New Deal* heißen jetzt die Konzepte. Jedoch lässt sich auch ein grünes Wirtschaftswachstum von Ressourcenverbrauch und Schadstoffausstoß nicht entkoppeln.

Suchbewegungen für eine Postwachstumsökonomie

In der wachstumskritischen Debatte geht es im Kern darum, dass der Weg in eine Postwachstumsökonomie angesichts der sozialen und ökologischen Grenzen des Wachstums immer notwendiger werden. Fridays for Future und Extinction Rebellion sind neue Akteure in der klimapolitischen Bewegung. Es sind die Kinder, und Jugendliche, die dafür streiken, ihnen die Erde in einem Zustand zu hinterlassen, dass man auf ihr noch gut leben kann. Sie organisieren seit Monaten weltweite Protestaktionen.

Aus der Degrowth-Bewegung kommen Forderungen wie die Wirtschaft soll »ent-wachsen«.. Die Begriffe stehen für die radikal-demokratische, egalitäre Vision einer zunächst substanziell schrumpfenden und sich dann stabilisierenden Wirtschaft (*steady state economy*). Teile der sozial-ökologischen Bewegung knüpfen unter dem Begriff Solidarische Postwachstumsökonomie an globalisierungskritische Forderungen an. »Ziel ist eine Ökonomie, die globale soziale Rechte für alle sichert und die ökologischen Grenzen nicht überschreitet. Entscheidend für die Ausgestaltung einer Solidarischen Postwachstumsökonomie sind konkrete gesellschaftliche Auseinandersetzungen und konkrete alternative Produktions- und Lebensweisen (Commons, Livelihood, buen vivir, Suffizienz-Ansatz). Es geht es um ein Gutes Leben für alle im Rahmen des Notwendigen und in Verantwortung für kommende Generationen und für die Natur. Es geht darum, konkrete soziale Rechte für alle Menschen zu verwirklichen. Dabei werden die Industrieländer mit weniger Produkten und geringerem Energieverbrauch auskommen müssen. So fordert die Attac-AG Jenseits des Wachstums unter anderem eine gesellschaftliche Debatte über die Frage, welche konkreten Produkte und Dienstleistungen wir benötigen und wie wir die Bedürfnisse bei möglichst geringem Naturverbrauch befriedigen können. Schrumpfung muss von Umverteilung begleitet sein. Der Energiesektor soll umgebaut und dezentral und demokratisch organisiert werden. Die Sektoren der Wirtschaft, die von Öl, Kohle und Gas abhängen, müssen rasch schrumpfen. Der Care-Bereich soll wiederum wachsen.

Ein erster Schritt ist der sofortige und vollständige Ausstieg aus der Atomindustrie. Die globalen Finanzmärkte müssen reguliert und die Wirtschaft auf die Regionalisierung und Lokalisierung von Produktion, Verteilung und Konsum umgestellt werden, wobei Ernährungssouveränität und Energiedemokratie wichtige Ziele sind. Destruktivtechnologien wie die Rüstungsproduktion,

Atomtechnologie, Gentechnologie.« müssen beseitigt werden. Ihre Beseitigung könnte Platz schaffen für die Entwicklung energie- und emissionsärmerer sowie ressourcenschonender Prozesse. Ein Großteil des Welthandels besteht zudem aus sinnlosem Warentransport. Die Transportketten reichen oft über den gesamten Erdball, wobei die Produktionsstandorte so verteilt sind, dass die günstigsten Steuergesetze, die niedrigsten Arbeitskosten und –standards und die niedrigsten Umweltauflagen ausgenutzt werden können. Ein Großteil der Transporte könnten ohne Wohlstandsverlust unterlassen werden.

Die Transformation in eine sozial ökologische Gesellschaft erfordert die Absicherung sozialer Sicherheiten

Bei dem Transformationsprozess werden Arbeitsplätze verloren gehen, aber auch neue entstehen, wie zum Beispiel durch die Förderung und den Ausbau der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Die notwendigen Umstrukturierungen werden sich nur in langen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durchsetzen lassen, die Menschen benötigen deshalb vor allem soziale Sicherheit. Nur dann werden sie sich für eine andere, bedarfsorientierte Ökonomie einsetzen und den Umbau der Arbeitsplätze akzeptieren. Dabei wird ein gesichertes Einkommen losgelöst von Erwerbsarbeit umso wichtiger. Dann kann auch das Gesamtvolumen an Erwerbsarbeit reduziert werden, ohne dass Existenzängste aufkommen. Gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten wie Erziehung, Pflege, Kunst, ehrenamtliches Engagement im politischen und sozialen Bereich gilt es, umzuverteilen und aufzuwerten.

Es geht also um eine Richtungsänderung hin zu einer bedarfsorientierten Ökonomie. Es gibt zahlreiche Anknüpfungspunkte in der tagespolitischen Auseinandersetzung, vom Protest gegen Destruktivtechnologien wie Atomkraft oder Gentechnik bis hin zu Forderungen nach einer kostenlosen und umfassenden Gesundheitsversorgung, nach einem Recht auf Wohnen und einem würdigen Auskommen im Alter – und nach einem bedingungslosen Grundeinkommen.

Begründung: Erstens werden Menschen ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen gegen alle Änderungen verteidigen und seien sie noch so umweltunverträglich, wenn sie von solchen Änderungen erwarten müssen, dass sich ihre ökonomische Situation damit verschlechtern würde. Wenn man also ein sÖT will, dann muss man den Menschen sagen können, wovon sie leben sollen, wenn bisherige schädliche Arbeitsplätze wegfallen. Kann man das nicht, dann steht zu erwarten, dass eine sÖT nicht demokratisch durchgesetzt werden kann. Die Forderung nach einem BGE ist hier also ein Instrument zur demokratischen Mitnahme der Menschen auf dem Weg der sÖT.

Zweitens würde ein BGE eine umfassende Umverteilung von Einkommen (und Vermögen) bedeuten. Bisher arme Menschen hätten mehr, bisher Reiche weniger Geld zur Verfügung. Die Armen würden dieses Geld zu einem erheblichen Anteil für Konsumgüter ausgeben, die Reichen haben es bisher zu einem noch größeren Anteil gespart, also selbst direkt oder über Finanzinstitutionen indirekt auf den Finanzmärkten angelegt.

Mehr Konsum bedeutet zwar mehr Ressourcen- und Energieverbrauch, weniger Finanzinvestitionen aber bedeuten eine Entschleunigung der Märkte und Reduzierung der Profiterwartungen. Es spricht alles dafür, dass beide Entwicklungen in der ökologischen Bilanz am Ende positiv sein werden. Die Verwandlung von Kapital in Geld oder, was in diesem Fall dasselbe ist, die Umschichtung von Geld aus dem gesellschaftlichen Spar- in den Konsumfonds reduziert im Gesamtergebnis den angerichteten ökologischen Schaden.

Außerdem hätten die Menschen dann viel mehr Zeit, sich kritisch und konstruktiv mit ihrer Umwelt auseinanderzusetzen (gesunde Nahrungsmittel, Müllervermeidung, Benutzung des ÖPNV u.v.m.) und sich aktiv dafür einzusetzen, dass sich die Lebensgrundlagen für die jetzt lebenden auf diesem Planeten und für die kommenden Generationen verbessern.

Für die Genug für Alle AG: Dagmar, Yasemin und Werner

Literatur und Medien: Matthias Schmelzer/Alexis Passadakis, *Postwachstum*, VSA Verlag, Hamburg 2011.

Timo Kapghenst/Evelyn Bahn, *Land Grabbing. Der globale Wettlauf um Agrarland*, VSA-Verlag, Hamburg 2012.

Werner Rätz/Doris Meisterernst/Dagmar Paternoga, »Statt Verdammung falscher Bedürfnisse: Demokratische Debatte über Inhalt und Gestalt der Produktion«, in: Werner Rätz/Tanja von Eban Krieger u.a. (Hrsg.), *Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben*, VSA Verlag, Hamburg 2011.

BAG Jenseits des Wachstums

<https://www.jenseits-des-wachstums.de>

1. Wir haben mit dem Schwerpunkt "Globale Armut & Naturzerstörung solidarisch überwinden" 2016 den Wachstumszwang kapitalistischen Wirtschaftens thematisiert. Siehe dazu https://www.jenseits-des-wachstums.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/jenseits-des-wachstums/zk-teaser/Publikationen/attac-jenseits-des-wachstums-faltblatt-2018.pdf

2. Die AG arbeitet aktiv in der Kampagne "einfach.umsteigen - Klimagerechte Mobilität für alle". Die Kampagne ist die erste thematische Konkretisierung des 2018 beschlossenen Attac-Schwerpunktes SÖT: Individualisierter Autoverkehr trägt massiv zur Umweltzerstörung und Gesundheitsgefährdung bei, beeinträchtigt soziales Leben in den Städten und ist sozial ungerecht. Er muss ersetzt werden durch kollektive Verkehrsmittel wie Bahn und Bus, durch die Stadt der kurzen Wege für Rad- und Fußverkehr und durch Reduzierung des Güterverkehrs bei gleichzeitiger Verlagerung auf die Schiene. Das Elektroauto ist dabei keine Alternative. Eine konsequente Verkehrswende geht nur durch Entmachtung der Auto- und IT-Konzerne. www.attac.de/kampagnen/verkehrswende/kampagne-einfachumsteigen/

BAG Kommunen & BAG De-Privatisierung

<https://www.attac-netzwerk.de/ag-kommunen>,
<https://www.attac-netzwerk.de/index.php?id=1688>

Gemeinsame Rückmeldung:

Die AGs Kommunen und De-Privatisierung sowie einige weitere Personen befassen sich bei Attac mit dem Thema Wohnen. Wir haben in der letzten Zeit vor allem darüber diskutiert, welchen Beitrag das Konzept der Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit (NWG) zum Aufbau eines öffentlich-gemeinnützigen Wohnungssektors leisten kann und ob wir dieses Konzept aufgreifen und verbreitern wollen.

Wir können uns durchaus vorstellen, dass ein gemeinnütziger Wohnungssektor und auch das Konzept der NWG eine Rolle im Rahmen einer sozial-ökologischen Transformation spielen könnte. Allerdings sind wir noch nicht in der Lage, einen substanziellen Beitrag zum SÖT-Schwerpunkt zu leisten. Dafür ist einigen von uns noch nicht klar genug, was unter der SÖT verstanden wird, andere haben noch zu divergierende Vorstellungen von der SÖT.

BAG Globalisierung und Krieg

Sozialökologische Transformation: Frieden und Abrüstung - für eine Welt ohne Krieg

Die Daseins-Sicherheit der Menschen – auch in Europa - ist aktuell bedroht durch die bevorstehenden Klimakatastrophen, aber auch durch ökonomisch-soziale Entwicklungen, die zunehmend außer Kontrolle geraten. Diese existenziellen Gefährdungen werden noch verstärkt dadurch, dass die Herrschaftseliten unfähig oder unwillig sind, diesen Gefahren adäquat entgegenzutreten, und stattdessen im Wesentlichen imaginierte militärische Bedrohungen zum Anlass für aggressive Ersatzhandlungen und enorme Ressourcenvergeudung nehmen. (Inzwischen wird die ökonomische Supermacht China bei der NATO zur militärischen Bedrohung umstilisiert, und damit zum Argument für die horrende Aufrüstung).

Dabei trägt Aufrüstung und Krieg nicht unwesentlich zur Umweltzerstörung und Klimakrise bei: z.B. allein das US-Militär verbraucht etwa so viel an (fossilen) Energieressourcen wie ziemlich entwickelte Nationen, etwa die Schweiz oder Schweden insgesamt! Die ökologischen Verwüstungen etwa der Irak-Kriege oder in Jugoslawien sind hierbei noch gar nicht bilanziert.

Um eine sozialökologische Transformation durchzusetzen, müssen wir den hohlen Propagandaphrasen von militärisch zu verteidigender Demokratie und Menschenrechten mit der Analyse der realen Motive entgegentreten, etwa am Beispiel der Allianz mit Saudi-Arabien. Es geht wesentlich um die Perpetuierung der Vorherrschaft über die fossilen Energiequellen, aktuell das wichtigste Movens gewaltsamer Konfrontation. (Andere Beispiele „extraktivistischer“ Motive für Einmischung in die Politik abhängiger Länder lassen sich unschwer benennen, etwa am Exempel des Lithiums.)

Was sind aber – außer der bewaffneten Rohstoffaneignung und geostrategischer Machtkämpfe weitere Gründe für die ebenso riesige wie (vom Standpunkt menschlicher Sicherheit) kontraproduktive Vergeudung humaner und ökonomischer Ressourcen? Etwa 1,8 Billionen \$ werden zur Zeit jährlich für Militär und Rüstung global ausgegeben, mehr als 35 % davon allein durch die USA. (15 % davon, rund 280 Mrd. Dollar jährlich würden nach UN-Berechnungen zur Beseitigung des Hungers bis 2030 für die Not leidenden etwa 800 Millionen Menschen weltweit ausreichen).

Interessant übrigens: das hierzulande medial verteuflte Russland hat seine Rüstungsausgaben auf Grund ökonomischer Engpässe deutlich reduziert, und liegt nun etwa in der Größenordnung von Saudi-Arabien, mit 61,4 Mrd. Dollar an sechster Stelle noch hinter Frankreich. - Die deutsche Bundesregierung alleine wird bei Fortsetzung ihrer Planungen in Kürze die russischen Kriegsinvestitionen übertrumpfen – ob wir uns dadurch sicherer fühlen dürfen?

Das nicht nur finanziell allen potentiellen Kontrahenten weit über-legene NATO-Bündnis rüstet wesentlich zur Stabilisierung seiner kapitalistischen Ökonomie massiv auf. Stichwort Rüstungs-Keynesianismus: in einer fortdauernden kapitalistischen Weltkrise wirken die staatlichen Waffenausgaben als Konjunkturspritze, vor allem natürlich für die rüstungsproduzierenden Staaten selber. Zu denen zählen bekanntlich die dominierenden NATO-Staaten, an erster Stelle die USA, aber auch Großbritannien, Frankreich und nicht zuletzt Deutschland. „Krieg und Leichen-die letzte Hoffnung der Reichen“ – diese Parole aus der Endphase der Weimarer Republik trifft weiterhin zu. Die sozialökologische Transformation kann nur erfolgreich sein, wenn sie mit einer Abkehr vom Streben nach gewaltsamer Dominanz elementar verbunden ist. Eine auf dem Völkerrecht und dem Prinzip gleichberechtigter internationaler Kooperation basierende globale Ordnung ist ein wesentliches Element des dringend zu erstreitenden Wandels.

MJ 12/19

BAG Soziale Sicherungssysteme

<https://www.attac-netzwerk.de/ag-soziale-sicherungssysteme>

Die Arbeit der AG Soziale Sicherungssysteme bezieht sich besonders auf den folgenden Aspekt der sozial-ökologischen Transformation: „Wir wollen*in solidarischen Kommunen leben*, die den Menschen ein gutes Leben mit bezahlbarem Wohnen, guter Bildung, Pflege, Gesundheit gewährleisten.“

Hierzu sind zwei Arbeitsschwerpunkte besonders wichtig, die sich z.T. überschneiden:

1. Solidarische Transformation des Gesundheitswesens

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist der Widerstand gegen die zunehmende Ökonomisierung im Gesundheitswesen und hier besonders im Bereich der stationären Versorgung in unseren Krankenhäusern. Die Ökonomisierung verschärft sich immer mehr und wird speziell befördert durch die Einführung eines neuen Finanzierungssystems der Krankenhäuser durch sogenannte Fallpauschalen (=Diagnosis Related Groups), das 2004 flächendeckend und verpflichtend in allen deutschen Kliniken implementiert wurde und nur für die Psychiatrischen Kliniken nicht gilt, weil hier ihre Übertragung durch ein Bündnis verhindert wurde, an dem auch unsere AG beteiligt war. Die DRG's haben das medizinische Denken auf den Kopf gestellt: nicht mehr das Wohl und die Bedürfnisse der Patient*innen leiten die ärztlichen Behandlungsentscheidungen, sondern betriebswirtschaftliches Gewinnstreben entscheidet über die inhaltliche Arbeit und die Organisation aller Arbeitsprozesse in den Krankenhäusern. Das Primat der Ökonomie hat zu einer weltweit einzigartige Privatisierung der stationären Einrichtungen geführt und bedroht immer mehr den Fortbestand besonders der kleinen kommunalen Krankenhäuser der Grundversorgung. Eine in einigen Bereichen dramatische Unterversorgung in ländlichen Gebieten z.B. im Bereich von Pädiatrie und Geburtshilfe ist die unausweichliche Folge dieser Entwicklung.

Unsere AG Soziale Sicherheitssysteme hat gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen und auch mit mehreren Landesverbänden von Verdi ein bundesweites „Bündnis Krankenhaus statt Fabrik“ gegründet, um den Widerstand gegen diese fortschreitende Ökonomisierung zu bündeln. Wir treten ein für eine patientenorientierte bedarfsgerechte medizinische Versorgung, die demokratisch unter Beteiligung aller regional wichtigen Akteure geplant wird mit dem Ziel, jedem Bürger unabhängig von seiner sozialen und wirtschaftlichen Situation einen gleichberechtigten Zugang zur medizinischen Behandlung zu ermöglichen, weil wir die Gesundheitsversorgung als gesellschaftliche Daseinsvorsorge verstehen, auf die jeder Mensch ein Grundrecht hat. In den letzten Jahren haben wir insbesondere die Streiks der Pflegekräfte aktiv unterstützt. Diese Streiks haben eine solche Dynamik entfaltet, dass inzwischen die Kosten für die Pflege aus der Finanzierung der Fallpauschalen herausgelöst wurde und prinzipiell nach Bedarf in den Kliniken von den Kostenträgern finanziert werden.

2. Bekämpfung sozialer Ungleichheit

Soziale Ungleichheit hat zahlreiche negative gesellschaftliche und persönliche Folgen. Die Sozialwissenschaftler Richard Wilkinson und Kate Pickett (2010) haben sich in ihren Forschungen mit den Folgen von Einkommensungleichheit befasst. Ungleichere Gesellschaften haben eine kürzere Lebenserwartung, mehr psychische Erkrankungen und Drogenprobleme, mehr Kriminalität und Gefängnisstrafen, schlechtere schulische Leistungen der Kinder und eine geringere soziale Mobilität. Neben den gesundheitlichen und sozialen Folgen von Einkommensungleichheit haben die Autor*Innen auch Umweltfolgen untersucht und dabei festgestellt, dass zwischen Umweltverbrauch und Einkommensungleichheit eine hohe Korrelation besteht. Konkurrenzdenken und Konkurrenzdruck führen zu einer Steigerung des Konsums, um Überlegenheit zu demonstrieren. „Wachstum ist die Ersatzdroge für Einkommensgleichheit. Solange es Wachstum gibt, gibt es auch die Hoffnung, nur das macht große Einkommensunterschiede erträglich“ (Henry Wallich, ehemaliger

Chef der US-Bundesbank, zit. n. Wilkinson & Pickett 2010, 253). Der Zusammenhang gilt auch umgekehrt: „Je mehr Einkommensgleichheit, umso weniger brauchen wir die Ersatzdroge. Mehr Gleichheit ist die Voraussetzung für eine Wirtschaft ohne Wachstum“.

Zur Bekämpfung der negativen Folgen von sozialer Ungleichheit hat die AG kürzlich einen Flyer mit dem Titel „Soziale Ungleichheit schwächt Individuen und Gesellschaften“ entwickelt, in welchem sie folgende Ziele und Wege formuliert hat, die einen Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation leisten könnten:

Ziele

- wirtschaftliche Teilhabe durch eine gerechte Beteiligung an Einkommen und Vermögen,
- Teilhabe an Gesundheit und der uneingeschränkte Zugang zu Leistungen für Gesundheit und gegen Krankheit,
- Stärkung der persönlichen Selbstbestimmung und der persönlichen Entwicklung,
- Teilhabe an Bildung, Wissen und Wissenschaft, Bildungsgerechtigkeit,
- Förderung des sozialen Respektes untereinander und dabei der Anerkennung des Wertes jedes Menschen für die Gesellschaft.

Wege um diese Ziele zu erreichen gibt es mehrere Ansätze, insbesondere:

- Umverteilung durch angemessene Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen,
- Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in ausreichender Höhe,
- Aufbau einer solidarischen Ökonomie (Wirtschaftsdemokratie), die große Einkommensunterschiede gar nicht erst aufkommen lässt und auf die Herstellung sozial nützlicher und nachhaltiger Leistungen und Produkte orientiert ist,
- Stärkung der Gemeinwirtschaft durch Vergesellschaftung der Gemeinschaftsgüter, insbesondere der Verbesserung der sozialen Infrastruktur sowie der Einrichtungen und Unternehmen der Daseinsvorsorge zur Gewährleistung des ungehinderten Zugangs zu Bildung, zu preiswertem Wohnraum, Gesundheitsleistungen und öffentlichem Personennahverkehr,
- Stärkung der lebensweltnahen Politik durch Stärkung und Ausbau der quartiersbezogenen und kommunalen solidarischen Bürger*innengesellschaft.

BAG WTO und Welthandel

<https://www.attac-netzwerk.de/ag-welthandelwto>

Die Bedeutung der Handelspolitik für die sozial-ökologische Transformation 17.03.2020

1. Zustandsbeschreibung - Die globale Handelspolitik basiert auf dem neoliberalen *Welthandelssystem der WTO*. Dieses folgt dem Prinzip einer fortschreitenden Liberalisierung und Deregulierung und ist wesentlich verantwortlich für den dramatischen Anstieg der weltweiten Handelsströme und die Ausweitung globaler Wertschöpfungsketten. Indem sie dazu beiträgt, die Interessen globaler Konzerne zum entscheidenden Maßstab politischer Entscheidungen zu machen, steht die WTO für eine zerstörerische Logik des unbegrenzten Wachstums, des ruinösen Standortwettbewerbs und der rücksichtslosen Gewinnmaximierung. Freihandel schafft Exportmöglichkeiten für nicht-nachhaltige und klimaschädliche Produktionsweisen und Produkte. Insbesondere profitieren davon internationale Agrar-, Auto-, Fossil- und Rüstungskonzerne. Zudem verursacht der internationale Warentransport große Umweltprobleme einschließlich großer Mengen an Treibhausgasen. Mit der Ausrichtung auf maximale Ausbeutung von Mensch und Natur ist das System der WTO einer der größten Klima- und Ressourcenkiller. Es vertieft die Spaltung innerhalb der Gesellschaften

sowie zwischen dem globalen Norden und Süden und fördert die Auslagerung der sozialen und ökologischen Kosten der wachstumsorientierten Globalisierung in Länder des globalen Südens. Das Regelwerk der WTO-Abkommen bildet zugleich die Grundlage der *bilateralen Handels- und Investitionsabkommen neuen Typs* (z.B. CETA, JEFTA, TTIP 2.0, EU-MERCOSUR). Auch diese Verträge zielen – wie auch das plurilaterale TiSA – auf die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen sowie die Erweiterung und Liberalisierung von Märkten unter Zurückdrängen gemeinwohlorientierter Schutzvorschriften, die als „Handelshemmnisse“ bewertet werden. Verstöße gegen die Auslegung oder Anwendung von Verträgen werden bei den bilateralen Abkommen ähnlich dem Streitschlichtungsverfahren der WTO geregelt. Darüberhinaus können Konzerne und Investoren im Wege der Investor-Staats-Streitschlichtung Staaten auf horrenden Schadensersatzleistungen verklagen, wenn sie ihre Gewinne durch politische Maßnahmen beeinträchtigt sehen. Des Weiteren sehen die neueren Verträge „Ausschüsse“ vor, die ohne parlamentarische Beteiligung verbindliche Entscheidungen von großer Tragweite treffen und die Möglichkeiten der demokratischen Regulierung der Wirtschaft entsprechend massiv einschränken können.

2. Vision - Die AG W & W steht seit ihrer Gründung für eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung bei gleichberechtigter internationaler Zusammenarbeit, für demokratische Wirtschaftsstrukturen und für Entwicklungschancen des globalen Südens. Sie tritt ein für eine Welthandelsordnung, die den Interessen von Menschen und Gemeinschaften, den universellen und unteilbaren Menschenrechten, einer sozial gerechten Verteilung der Wertschöpfung und der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen Vorrang vor Profitinteressen einräumt. Überlegungen zu dieser Vision finden sich bereits in dem Diskussionspapier AWWO (2004) und in den zehn Kernbereichen des „Alternativen EU-Handelsmandats“ (ATM) von 2013. Eine sozial-ökologische Transformation (SÖT) muss hier anknüpfen. Denn sie bedeutet die Abkehr von der neoliberalen Ausrichtung der wirtschaftlichen Globalisierung und ihre Neuausrichtung. Handelspolitik muss einen Beitrag leisten zur Lösung der globalen Probleme Klima-, Ressourcen-, Verteilungsgerechtigkeit. Sie muss Regeln für Austauschbeziehungen folgen, die es jeder Gesellschaft erlauben, sich zu entwickeln und die Art ihres Zusammenlebens auf je eigene Weise zu gestalten. Weltweit sollen alle Menschen in Würde leben können und die Umwelt geschützt sein. Wirtschaftliche Aktivitäten allgemein und Handels- und Investitionsschutzabkommen insbesondere sind an Menschenrechten und ökologischen Standards auszurichten:

- Handelsabkommen dürfen es nicht länger sanktionieren, wenn die Staaten ihre Pflichten aus dem Pariser Abkommen, multilateralen Umweltabkommen sowie anderen Nachhaltigkeitsbestimmungen und Menschenrechtsverträgen einhalten.
- Dasselbe gilt in Bezug auf die Verpflichtungen zu den Sustainable Development Goals (SDGs).
- Handelsabkommen müssen durchsetzungsfähige Bestimmungen für Umwelt- und Klimaschutz, Menschen- oder Arbeitsrechte enthalten, die Handel und dem Investitionsschutz übergeordnet sind.
- Konzerne müssen für Menschenrechtsverstöße und Umweltzerstörungen zur Rechenschaft gezogen werden können.

Die zukünftige Produktion von und der Handel mit Gütern muss die materiellen Beschränkungen des Globus berücksichtigen und dem „Guten Leben“ der Weltbevölkerung dienen. Das erfordert ein Schrumpfen der globalen und ein Stärken der regionalen Wirtschaft, die mittelfristig als ressourcenneutrale Kreislaufwirtschaft funktionieren muss und mit anderen Regionen nach dem Subsidiaritätsprinzip verbunden ist. Überregionaler Handel ist auf die Produkte zu beschränken, die nicht regional herstellbar sind.

Schritte in diese Richtung sind u.a.

- Einschränkung des Warenhandels: Beendigung der künstlichen Subventionierung des klimaschädlichen Transports und Festsetzung von Emissionsgrenzen für den Transport von Gütern per Schiff, auf der Straße und als Luftfracht

- Einschränkung des Handels mit Produkten und Rohstoffen, die eine klimaschädliche Wirkung haben
- Verbot des Handels mit fossilen Energien ab 2035
- Förderung lokaler und regionaler Wertschöpfungsketten
- Förderung der regionalen, angepassten, kleinbäuerlichen Landwirtschaft
- Schutz von Investitionen, die Treibhausgasemissionen reduzieren und die Anpassung an den Klimawandel unterstützen

Die WTO ist kein Organ der Vereinten Nationen und sieht sich auch nicht an deren multilaterale Arbeits-, Menschenrechts- und Umweltabkommen gebunden. Daher wäre die Frage zu diskutieren, ob ein anderes Welthandelssystem unter dem Dach der UNO eine Alternative sein könnte: Bereits in der *UN-Charta*, dem Gründungsvertrag der Vereinten Nationen, wird die Forderung erhoben, „eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen.“

3. Handlungsebene: Geplante Aktivitäten der AG Welthandels & WTO

Zur Überwindung der neoliberalen Globalisierung und Einleitung einer SÖT im o.g. Sinne sehen wir als wichtige strategische Schritte den Erhalt und Ausbau staatlicher und kommunaler Regulierungsfähigkeit im Interesse des Gemeinwohls. Gegenwärtig suchen wir das zu erreichen durch *Fortsetzung der Abwehrkämpfe zur EU-Außenhandelsstrategie und der Ideologie des Freihandels, u.a. durch*

- Verhinderung der Ratifizierung von CETA
- Verhinderung von Mercosur & Co
- Stopp von Sonderklagerechten für Konzerne (ISDS/ICS bzw. „MIC“ (Multilateraler Investitionsgerichtshof), Energiecharta mit ihrem Investitionsschutz für die fossilen Industrien - ihre Auswirkungen auf Umwelt und Klima
- Abwehr von regulatorischer Kooperation und Ausschüssen, die die demokratische Entscheidungsfähigkeit einschränken
- Neu-Fokussierung: Handel und Klima

und durch Fortsetzung der Arbeit zu Menschenrechten und Wirtschaft

- Fortsetzung der Arbeit zum Binding Treaty „Menschenrechte vor Profit“,
- verstärkter Einsatz für ein deutsches Lieferkettengesetz als Unterstützer der Kampagne Lieferketteninitiative
- Wiederaufnahme der Diskussionen um einzelne Aspekte des ATM und Rolle der UNO

AG Gegen Rechts

Ein konkretes Vorhaben ist, eine Broschüre mit lesenswerten Texten zusammenzustellen, wie von Rechts versucht wird, Fragen von Klima und Ökologie zu bespielen. Das wird ein wichtiger Punkt bei unserem nächsten AG-Treffen, zu dem wir uns auch mit einem Referenten von FARN (<https://www.nf-farn.de/>) externen Sachverständigen eingeladen haben.

Außerdem wird es von unserer AG Workshop-Angebote geben, die wir auf der Sommerakademie, gern aber auch für Regionalgruppen und weitere Arbeitszusammenhänge in- und außerhalb von Attac zu Themen wie ‚Klimawandelleugner‘ und wie die Rechte versucht, ökologische Themen zu besetzen, anbieten wollen.

PG Europa

<https://www.attac-netzwerk.de/pg-europa>

Die PG Europa wird das Thema „sozial-ökologische Transformation“ auf ihrer nächsten Sitzung Ende Februar diskutieren und konkrete Aspekte, Mitarbeit und Vorgehen festlegen. Aufgrund der bisherigen Arbeit der PG Europa planen wir, einen Beitrag zu SÖT bei der Bearbeitung von drei Themenfeldern zu leisten.

Hier die drei Vorschläge als Beitrag der AG Europa zur SÖT:

1) Green Deal für Europa

Die EU-Kommission hat Mitte Dezember ihre Pläne und Überlegungen zu einem Grünen Deal für Europa vorgestellt. Die Pläne klingen ambitioniert und enthalten vielsprechende Konzepte. Doch letztendlich folgen sie der neoliberalen Logik, dass der Markt alles regelt.

Fraglich ist, ob mit dem Green Deal eine sozialökologische Transformation gelingen kann, denn soziale Gerechtigkeit wird in dem Papier weitgehend ausgeblendet. Zwar sei auf mögliche Konflikte zwischen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zielen zu achten, aber auf EU-Ebene sollen die Maßnahmen für einen sozial gerechten Übergang nur an der völlig unverbindlichen europäischen Säule sozialer Rechte ausgerichtet werden.

Das Thema ist sehr vielschichtig, detaillierte Gesetze werden 2020 ff. beschlossen. Neben EU-spezifischen Themen stellt sich die grundsätzliche Frage, ob der Green Deal für Europa und unseren Planeten geeignet ist, die globale Klimakrise wirksam zu bekämpfen - oder ob er nur dem Ziel der wirtschaftlichen Dominanz der EU dienen soll. Hier die Mitteilung über den geplanten Green Deal für Europa:

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/european-green-deal-communication_de.pdf

Und in der neuesten SiG findet sich eine lesenswerte Bewertung von Attac Österreich dazu (Seite 25): https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/SiG/sig_134.pdf

2) Energiecharta

Dem Green Deal entgegen stehen die neuen Verhandlungen zum Energie-Charta Vertrag, der damit nicht kompatibel wäre. Siehe hierzu die News von Attac

D: <https://www.attac.de/neuigkeiten/detailansicht/news/energiecharta-vertrag-nicht-mit-pariser-klimaabkommen-vereinbar/>

Und hier der auch von Attac D unterzeichnete offene Brief von mehr als 250 zivilgesellschaftliche Gruppen und Gewerkschaften aus Europa und weiteren Ländern:

https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/Pressegruppe/191209_Offener_Brief_zum_Energiecharta_Vertrag.pdf

3) Militarisierung

Wir wenden uns gegen die Militarisierung der EU und den Aufbau einer europäischen Verteidigungsarmee. Ressourcen werden unnötig verbraucht für die Militarisierung und werden zerstörend für Menschen und Umwelt eingesetzt.

Ein bereits beschlossenes gemeinsames Projekt der AG Internationales und der PG Europa ist die Debatte zu emanzipatorischen Alternativen zu Militarisierung und Großmachtspolitik der EU. Geplant sind ein Seminar und eine öffentliche Abendveranstaltung sowie die Publikation der Ergebnisse.

Europa ist mehr als die EU - welche alternative Europavisionen sind denkbar?. Einem gesamteuropäischen Projekt friedlicher, wirtschaftlicher, kultureller Kooperation steht die Etablierung der EU als Großmacht durch massive Militarisierung entgegen. Diesem Politiktypus, der Geschichte immer wieder zum Schlachthaus werden ließ, soll eine emanzipatorische Alternative entgegengesetzt werden.

https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Ratschlag/Ratschlaege_2019/HRS_2019_FFM/Finanzantraege/2019-09-09_HB_AG_Internationales_PG_Europa_Militarisierung.pdf

Regionalgruppen

Einladung an die Regionalgruppen

Am **24.01.2020** um 13:16 schrieb "Margareta Steinrücke":

liebe regionalgruppen,

wie ihr sicher bereits erfahren habt, wollen wir uns auf dem diesjährigen attac-frühjahrsratschlag (4./5.4.20 in köln, alte feuerwache) ausgiebig mit unserem attac-schwerpunkt "Sozialökologische Transformation" beschäftigen: wie ist der stand der überlegungen dazu innerhalb von attac, wie in den sozialen und klimabewegungen, welche widerstände dagegen gibt es, wie wollen wir unsere ansätze wirksam weiterentwickeln?

um das ganze spektrum dessen, was in den verschiedenen gruppen von attac dazu gedacht und gemacht wird, auf dem frühjahrsratschlag in die diskussion einbringen zu können, möchten wir euch herzlich auffordern, uns, der aktivengruppe der projektgruppe "SÖT" des attac-rates, die diesen punkt auf dem frühjahrsratschlag mit vorbereitet, eine kurze nachricht (dreizeiler reicht) zukommen zu lassen, was in eurer regionalgruppe an aktivitäten zu einzelnen aspekten der sozialökologischen transformation bereits läuft. wir wissen, dass viele regionalgruppen etwas zu einzelnen aspekten der energiewende, verkehrswende, agrarwende, zu freihandel und klimawandel u.ä. machen oder in entsprechenden lokalen bündnissen mitarbeiten.

hier einige fragen, die euch vielleicht eine antwort erleichtern:

- welche aktivitäten mit einem direkten oder indirekten bezug zum attac-schwerpunkt SÖT habt ihr durchgeführt (veranstaltungen, aktionen..) und welche plant ihr für 2020?
- mit welchen gruppen arbeitet ihr lokal zusammen?
- welche erfahrungen möchtet ihr den anderen attacies mitteilen?
- welche fragen möchtet ihr in den nächsten monaten, insbesondere auf dem frühjahrsratschlag, klären?
- welche unterstützung von der bundesebene wünscht ihr euch?

es wäre schön, wenn ihr eine solche nachricht bis 15.2.20 an die email:

attac-al-soet@listen.attac.de schicken würdet.

darüberhinaus wäre es natürlich wunderbar, wenn ihr eure ideen und aktivitäten auch live in die diskussion auf dem frühjahrsratschlag einbringen würdet. köln ist eine schöne stadt und die alte feuerwache ein wirklich guter ort zum tagen, diskutieren und auch feiern.

wir freuen uns auf euch und eure beiträge!

mit herzlichen grüßen für die projektgruppe
marie-dominique vernhes und margareta steinrücke

Attac Bremen

<https://www.attac-netzwerk.de/bremen>

1. Mitarbeit im Verkehrswendebündnis Bremen

Das Bündnis, initiiert von BUND, ADFC, VCD und Fuss e.V., entwickelt v.a. Konzepte zur Befreiung der Bremer Innenstadt vom Auto, u.a. durch Verteuerung des öffentlichen Parkraums, ein Konzept eines umlage-, statt steuerfinanzierten ticketfreien ÖPNV.

2. Mitarbeit im Aktionsbündnis Wachstumswende

Das sehr breite Bündnis das neben attac BUND, KDA, Bremer entwicklungspolitische Initiativen, Slow Food, Bremen fossile free und viele andere umfasst, setzt sich u.a. für eine Verkehrswende mit stay grounded (am Boden bleiben statt Fliegen), Arbeitszeitverkürzung, anderes solidarisches, konsumkritisches, genossenschaftliches Wirtschaften ein.

<https://attac-netzwerk.de/bremen/buendnisse/wachstumswende-bremen/>

3. Mitarbeit im Bremer Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen

Das Bündnis, in dem von Wohnungsnot Betroffene mit in Einrichtungen für sie Arbeitende, unterstützt von Diakonischem Werk, Caritas, Deutschem Mieterbund u.a., zusammenarbeiten, engagiert sich für die sozial gerechte Umsetzung von Klimaschutz beim Wohnen, Hilfe für Wohnungslose, Mitbestimmung der Bewohner*innen von Wohnungsgesellschaften, genossenschaftliches Bauen, Mieten- und Bodendeckel u.a.

Da wir aufgrund unserer begrenzten personellen Kräfte in diesen Bündnissen jeweils nur mit einer Person vertreten sind, hält sich unser Beitrag in engen Grenzen.

Die AG Solidarische Ökonomie Bremen organisiert eine Veranstaltungsreihe in dem von ihr betriebenen commons-Cafe Sunshine zu den verschiedensten Aspekten sozialökologischer Transformation: Commons, Solidarische Landwirtschaft, Was ist das Gute Leben, Skill Sharing, CoopWorkingSpace u.a. und hat bereits zweimal sehr erfolgreiche Klimaslams (u.a. mit Thomas Pfaff, Journalist, attaci und aktiver Karnevalist bei den Pappnasen Rot-Schwarz in Köln) durchgeführt. Ganz praktisch betreibt die AG Solidarische Ökonomie eine Energiegenossenschaft "Bremer SolidarStrom", die Solarstrom auf Bremer Dächer bringt.

<https://attac-netzwerk.de/bremen/weitere-gruppen/solidarische-oekonomie/>

Die AG Gemeinwohlökonomie organisiert schon lange Informationsveranstaltungen und kürzlich eine Konferenz gemeinsam mit der Hochschule Bremen über die Frage, wie Unternehmen mithilfe einer Gemeinwohlbilanz ihr Wirtschaften ökologisch, sozial und demokratisch nachhaltig gestalten können und so zur sozialökologischen Transformation beitragen.

<https://attac-netzwerk.de/bremen/weitere-gruppen/gemeinwohloekonomie/>

Seit 10 Jahren die Politik-Salon- artig monatlich tagende **AG „Ohne Wachstum. Ethische Grundlagen einer Sozialökologischen Transformation“**.

<https://attac-netzwerk.de/bremen/bremer-gruppen/ohne-wachstum/>

Attac Darmstadt

<https://www.attac-netzwerk.de/darmstadt/gruppe-da/>

08.02.2020 - Beitrag zum Schwerpunkt Sozialökologische Transformation

Attac Darmstadt beschäftigt sich seit Frühsommer 2019 eingehender mit sozial-ökologischer Transformation.

Diesbezüglich sind wir in drei sich überschneidenden **Kooperationszusammenhängen** aktiv:

Zusammen mit dem örtlichen TTIP-Bündnis haben wir im Juni das **Klimaforum Darmstadt** gegründet. Hier arbeiten wir auf regionaler Ebene mit den Parents fF, der IG Metall, dem DGB, dem BUND, dem AStA der Hochschule Darmstadt, einer Wohngenossenschaft und einer Bahn-Initiative zusammen. Ziel des Forums ist, unterschiedliche klimapolitische Sichtweisen der beteiligten Organisationen zu thematisieren und in einen gemeinsamen Diskurs über soziale und ökologische Bewältigungsmöglichkeiten einzusteigen. In neun Veranstaltungen geht es um das Ausmaß der Klimakrise, um Verkehrswende, sozialverträgliche Transformation klimaschädlicher Industrien am Bsp. der Automobilindustrie, klimaneutrale Gebäude, Waldbewirtschaftung, Ernährung, Fast Fashion, Freihandel und Klima, um politische Wege zur sozial-ökologischen Wende und um die Reflexion von politisch-ökonomischen Steuerungskonzepten wie Green New Deal (siehe Näheres im Programmflyer anbei).

Das Format erweist sich als sehr erfolgreich. Die Veranstaltungen sind nicht nur ungewöhnlich gut besucht, sondern auch in der erhofften Weise sozial durchmischt. Fridays for Future meet DGB und Attac. (An der Zusammenarbeit mit der örtlichen IGM ist noch zu arbeiten.). Sehr wahrscheinlich werden wir das Klimaforum nach der letzten Veranstaltung im Mai 2020 weiterführen.

Im **Global Strike Bündnis** zur Vorbereitung der großen Klimastreiks kooperieren wir mit den örtlichen Fridays fF, Extinction Rebellion und der Interventionistischen Linken. Hier liegt unser inhaltlicher Fokus darauf, die **klimatreibende und politisch restriktive Wirkung neoliberaler Handelspolitik am Beispiel von CETA und EU-Mercosur** zu thematisieren (Flyer, Rede ...).

Im **Bündnis Stoppt TTIP & Co.Darmstadt.Dieburg** arbeiten wir zum Lieferkettengesetz, zu Klima und Freihandel und bereiten uns auf Kampagnen zur Verhinderung der CETA-Ratifizierung und des EU-MERCOSURAbkommens vor.

Innerhalb der Attac Gruppe wollen wir uns verstärkt mit **inhaltlich-strategischen Konzepten von "Sozialökologischer Transformation" und "Green-New-Deal"** auseinandersetzen. Schließlich wollen wir auch politisch-strategisch handlungsfähig sein. Die Klimakrise gibt nur ein kleines Zeitfenster vor.

Unterstützung von Bundesebene wäre insbesondere hinsichtlich inhaltlicher Fragestellungen wie "Konzepte von SÖT und Green New Deal" hilfreich. Interessant wären ggf. Bildungsmaterialien sowie die (bereits angedachte) Aktivierung des wissenschaftlichen Beirats für die Sommerakademie.

Auch weitere Veranstaltungen wie die Klimakonferenz am 25.1. in Köln sind interessant.

Edith-Schuster Haug
Isolde Albrecht

(Für die ANLAGE: KLIMAFORUM PROGRAMM (PDF) fehlt noch der entsprechende Link)

Attac Diepholz Nord

<https://www.attac-netzwerk.de/diepholz-nord>

19.2.

Das Thema „Sozialökologische Transformation“ in all seinen Facetten ist in unserer Regionalgruppe immer gegenwärtig. Einzelne Aspekte werden in Arbeitsgruppen behandelt und bei den monatlichen Treffen in der Gesamtgruppe debattiert. Daraus entwickeln sich sodann Planungen und Aktivitäten im öffentlichen Raum.

Zu diesen Aktivitäten gehörten in 2019:

1. Filmreihe in Kooperation mit einem Kinobetreiber und BI „Energie in Bürgerhand Syke Bassum mit folgenden Titeln:

- * System Error,
- * Tommorrow,
- * Welcome To Sodom,
- * Unser Saatgut,
- * Humus - die vergessene Klimachance,
- * Bottled Life - Die Wahrheit über Nestlé,
- * Jean Ziegler - Der Optimismus des Willens.

2. Vortragsreihe zu Themen:

- * Bäuerliche Landwirtschaft versus industrielle Landwirtschaft - lokal und global - in Kooperation mit dem BUND,
- * Wie viel Insekten brauchen wir? - Landwirtschaft ohne Pestizide? - in Kooperation mit Attac Nienburg,
- * Was haben Blühstreifen mit Neoliberalismus zu tun? - in Kooperation mit Aktion Agrar.

3. Aktionen im öffentlichen Raum zu Themen:

- * Welches Europa willst Du?
- * Mitwirkung beim „Tag der Offenen Tür“ bei einem Biolandwirt mit eigenem Hofladen.

4. Kundgebung und Demo zum Klimawandel und zum Weltklimatag

5. Öffentlichkeitsarbeit durch Pressegespräche und Pressemitteilungen zu allen Aktivitäten unserer Regionalgruppe sowie Berichte und Informationen auf der Internetseite:

<https://www.attac-netzwerk.de/diepholz-nord/startseite/>

Zu den für 2020 geplanten Vorhaben gehören wiederum eine Filmreihe und eine Vortragsreihe - in Kooperation mit dem BUND und VHS - im Kontext zu sozialökologischen Themen. Ferner werden ebenso wieder Aktivitäten und Aktionen im öffentlichen Raum auf der Agenda stehen, deren Inhalte noch zu konkretisieren sind.

Zu den Fragen, die im Zusammenhang mit der „Sozialökologischen Transformation“ zu klären sind, gehört die Kernfrage, wie schaffen wir es, eine Transformation zu erwirken, die mehr Nachhaltigkeit und auch mehr soziale Gerechtigkeit bringt? Und ob eine Transformation innerhalb unseres kapitalistischen Wertesystems möglich ist? Darauf Antworten zu finden, dürfte zu einer spannenden Debatte auf dem diesjährigen Attac-Frühjahrsratschlag führen.

Attac Freiburg

<https://www.attac-netzwerk.de/freiburg/attac-freiburg/>

Aktivitäten bisher:

- Juli 2019 auf dem Agrokulturfestival Infostand mit Darstellung der weltweiten Macht der größten Agrarkonzerne (Quelle:Multi-Watch Basel)
- 22. 10. - Straßburg: Beteiligung an Bauern-, Imker- und anderen Akteuren wie AbL, die eine EU- Politik für Bauern statt Agrarkonzerne,Förderung ökologischer Landwirtschaft ... fordern (wir: EU - Mercosur Abkommen / Für Bauern statt Agrarkonzerne)
- Verkehrswende - flyer - Verteilung bei Fridays for future + Veranstaltung mit Winfried Wolf zur Verkehrswende (um die 100 Besucher*innen)

29. +30.11 mit Fridays for Future zum internationalen Regenwaldtag: Stop EU - Mercosur - Freihandel ist brandgefährlich!

- mit Greenpeace und Fridays for Future Protest - Aktion vor Siemens gegen Adani am 31.1./ keine Kohle-Zerstörung mehr!
- mit dem Netzwerk gerechter Welthandel auf der Tübinger Demo "Wir haben es satt" am 18.1.-

geplant: 2020 - March against Syngenta und Bayer/Monsanto-Europazentrale in Basel am 25. April - gegen Agrarchemie -Konzerne, für eine klimagerechte

- Welternährung
- Veranstaltung zu EU - Mercosur - Abkommen
- Infostand beim Agrikulturfestival

BUND und AbL werden immer von uns angesprochen, klappt von deren Seite aus allerdings nur an manchen Punkten

Attac Krefeld

<http://www.krefeld-attac.de/>

Krefelder attac-Themenreihe: Sozialökologische Transformation. Vorträge und Diskussion. Filmabende. Aktionen.

Am 28. Februar 2020 um 19:30 Uhr, kommt auf Einladung von **attac, Dr. Friederike Habermann aus Berlin nach Krefeld. Thema ihres Vortrags: Von der Marktwirtschaft zur Ecommony.** Konkret: Wie wir auch ohne die Tauschlogik des Kapitalismus leben können.

Kleiner Blick zurück auf unsere Themenreihe "Sozialökologische Transformation".

Im November 2019 referierte die bekannte Landwirtschaftsexpertin **Dr. Tanja Busse** im Südbahnhof neueste Erkenntnisse über das Artensterben und dessen Ursachen.

Krefeld war der richtige Ort dafür, stammen doch entscheidende wissenschaftliche Erkenntnisse zum Aussterben, vor allem von Insekten, vom Entomologischen Verein aus Krefeld.

Natürlich ging es dann hauptsächlich um Möglichkeiten, die katastrophalen Entwicklungen zu stoppen. Die Landwirtschaft müsse völlig reformiert werden, müsse nachhaltig und gerecht für Hersteller und Konsumenten sein. Heiß diskutiert wurde, ob das, unter die gegenwärtige industrielle Massenproduktion in der Landwirtschaft forciierenden Bedingungen, überhaupt möglich sei. Ein anderes ökonomisches System müsse her, forderten einige Zuhörer. Vielleicht ein anderes Grundrecht für Tiere, schlug die Referentin vor. In Bildung und Kindergarten schon anders mit Natur umgehen lernen, wünschten sich einige. Besonders Vertreterinnen aus der Solidarischen Landwirtschaft Krefeld brachten sich engagiert in einige der Diskussionen ein.

Dr. Bruno Kern vom Netzwerk Ökosozialismus sprach im Frühjahr 2018 über die Grenzen ökologischer Politik in der Marktwirtschaft. Deren Instrumente (Steuern, Preise, Zertifikate, Geo-Engineering, Produkt-Effizienz) würden bei weitem nicht ausreichen, den „Zangengriff“ von Klimakrise und Ressourcenkrise gleichzeitig zu bewältigen.

Die Nutzbarkeit von erneuerbaren Energien, so wies er durch detaillierte Überlegungen zu Berechnungen von Energiegewinnung nach, wird das auf fossilen Energien basierende Leben nicht ersetzen können. Seine bisher kaum in der Öffentlichkeit wahrgenommene und diskutierte verstörende These: Die Wirtschaft muss schrumpfen, ein Wohlstandsniveau, wie wir es gewohnt sind, sei in den nächsten Jahrzehnten nicht zu halten, ein demokratisch organisierter Rückzug aus Wachstums- und Industrialisierungsideologien sei dringend anzutreten.

Dr. Thomas Seibert (ISM Frankfurt/M.) entwickelte im Frühjahr 2017 seine Ideen über ein „dissidentes Drittel“ in Deutschland, einem Bevölkerungsteil, der sich einen grundlegenden Systemwechsel hin zu einer nicht mehr kapitalistischen Gesellschaft vorstellen kann. Theoretische, soziologische, sozialpsychologische und (partei)politische Überlegungen zu den sog. Mosaiklinken regten die Zuhörer zu einem Gedankenaustausch an.

Attac-KR sorgte nicht nur im Südbahnhof, sondern auch in den Räumen der Fabrik Heeder für SÖT-Debatten: so folgten (Herbst 2018) der populäre Nachhaltigkeitstheoretiker und -praktiker

Prof. Dr. Niko Paech, der Begründer der Postwachstumsökonomie in Deutschland und der -inzwischen verstorbene – renommierte Politologe **Prof.**

Dr. Elmar Altvater, der, zusammen mit seinem Begleiter **Dr. Raoul Zelik**, über die Möglichkeiten von gesellschaftlicher Utopie in Zeiten des Ökokollaps sprach (Winter 2016) ihren Einladungen.

Im Frühjahr 2019 veranstalteten wir einen Filmabend mit Aussprachen. Film: *Cowspiracy*.

Hinterher war die sozialökologische Transformation und die Bioethik ein heißes Thema.

Auch für den Herbst 2020 planen wir einen Vortrag im Kontext der SÖT.

Am 1. Mai sind wir wieder (wie in jedem Jahr) mit einem Infostand bei der Maikundgebung.

Schwerpunkt am Tisch: Materialien zur SÖT und zum Ökosozialismus.

Zur Kommunalwahl NRW wollen wir (wie auch schon bei der letzten Kommunalwahl erfolgreich durchgeführt, KR wurde auf Initiative von attac Fairtrade-Town) die OB-Kandidaten aus KR zu einem Gespräch mit einer Vertreterin/Vertreter von attac einladen. Gesprächsthema: konkrete Maßnahmen zum städtischen Klimanotstand.

Aus den o.g. Vorträgen entwickelten sich Kollaborationen mit FFF-Krefeld, Aufbruch Fahrrad KR und der örtlichen Solawi. Wir sind in der zentralen Steuerungsgruppe Fairtrade-Town der Stadt Krefeld vertreten.

Attac Lübeck

<https://www.attac-netzwerk.de/luebeck/startseite/>

19.2.

Aspekte einer SÖT beschäftigen uns seit längerem in unserer Gruppe und schlagen sich in der Themenwahl unserer **Vortragsreihen (Kooperation mit VHS)** nieder:

2018/19 **"Umdenken - die Grenzen unseres Wachstums endlich ernst nehmen!"** z.B. mit Winfried Wolf "Verkehrspolitik als zentrale Arena des Kampfes um eine lebenswerte Zukunft" Josef Berghold "Die Klimakatastrophe als politischer und zivilisatorischer Weckruf" Niko Paech "Vom ökologischen Ablass zur Wirtschaft ohne Wachstum"

2019/20 **"Vom Leben auf Kosten anderer zum guten Leben für alle!"** z.B. mit Jonas Lage (ILA-Kollektiv) "Von der imperialen zur solidarischen Lebensweise" Werner Heinz "Wem gehören unsere Städte?" (Vortrag musste leider aus zugtechnischen Gründen ausfallen und wird nachgeholt) Judith Oeltze (Landschaftsökologin) "Wie kann eine Landwirtschaft der Zukunft aussehen?"

2019 **Vorstellung der Idee zu einer "Volksinitiative S-H zur Rettung von Bienen, Boden und Bauern" auf dem Herbstratschlag**

Präsentation eines Arbeitskonzeptes zur Vorbereitung der Volksinitiative auf der **Regionalgruppen-Konferenz in Itzehoe**

Das Konzept (Siehe Anhang) wurde positiv aufgenommen, aber es konnte noch kein Konsens hergestellt werden zum Anliegen "Volksinitiative"

2020 **Fortsetzung der Arbeit für eine Agrarwende in S-H** ; 4 neue Mitglieder in unserer Arbeitsgruppe (2 Demeter-Gärtner*innen, 2 Attac-Mitglieder)

Kooperation/Unterstützung mit BUND, NABU, ABL, Brot für die Welt, Aktion Agrar, Agrar Koordination, FFF, Free the Soil, Extinct. Rebellion, RLB-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftg. ist angestrebt.

Teilnahme **"Wir haben Agrarindustrie satt!" Demo** Berlin

Geplante Teilnahme **"Aktionskonferenz zu Ceta"** im Mai 2020

Fortbildungsveranstaltung "Landwirtschaft und Klima" (Netzwerk Ökologischer Landbau S-H, Rendsburg) 10. März 2020

Regionalgruppen-Konferenz S-H 18. April 2020 Neumünster (Weiterentwicklung Agrarwende)

Teilnahme an der großen Regionalgruppenkonferenz am 14 März (attac-nord-regionaltag) ist leider noch ein bisschen offen, weil es bei mir eine Überschneidung gibt

1 ANLAGE Volksinitiative Agrarwende (nächste Seite)

Wir ernten, was wir säen...

Kleiner Abriss bisheriger Aktivitäten für eine **VOLKSINITIATIVE SCHLESWIG-HOLSTEIN ZUR RETTUNG VON BIENEN, BODEN UND BAUERN**

Artensterben und Verlust der Biodiversität zeigen es deutlich: Unsere Natur ist in Gefahr und damit auch unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Vor dem Hintergrund eines stetig voranschreitenden Klimawandels entstehen zusätzliche Herausforderungen für den Umgang mit Saatgut, Böden und Tieren. In Solidarität mit Imker*innen, Bäuerinnen und Bauern müssen wir nach Lösungen suchen, die uns Ernährungssouveränität und Ernährungssicherheit geben auf der Basis einer geschützten Natur.

Die politisch vielfach favorisierte industrielle Landwirtschaft kann keine Lösung sein: sie beutet Mensch und Natur aus. Agrarökologische Anbau- und Wirtschaftsweisen werden den Herausforderungen durch Klima- und Naturschutz weitaus eher gerecht und wirken auch so dem Höfesterben entgegen. Dieses stellte der Weltagrarbericht bereits vor 10 Jahren fest und seine Aussage wird heute durch eine kürzlich erfolgte Sondermeldung des Weltklimarates unterstützt: Ohne eine agrarökologische Wende ist der Klimawandel nicht zu bewältigen!

Besondere Bedingungen für Schleswig-Holstein: S-H hat den geringsten Waldbestand von allen Bundesländern.

S-H hat die dritt schlechtesten Wasserwerte in Deutschland.

Der Anteil ökologischer Landwirtschaft beträgt in S-H ca. 7%.

Deshalb fordern wir:

- eine pestizidfreie und gentechnikfreie ökologische Landwirtschaft
- eine Abkehr von der Massentierhaltung; stattdessen eine Tierhaltung, die dem Tierwohl dient und zahlenmäßig in einem ausgeglichenen Verhältnis zu entsprechenden Weide-, Dünge- und Futteranbauflächen steht.

- Erhaltung und Wiederherstellung von Knicklandschaften als Erosionsschutz
- Umstellungshilfen für Bauern

Dahinter stehen Vorstellungen von Maßnahmen wie:

Humusaufbau

Erhalt und Schaffung von Blüh- und Streuobstwiesen

ökologische Waldpflege und -wirtschaft

Änderung von Pachtverträgen

Änderung der Ausbildungsrichtlinien für zukünftige Landwirte*innen
Finden und Unterstützen von neuen Direktvermarktungsstrategien
Finanzielle Hilfen bei Hofumstellungen statt Zahlung von Strafgeldern an die EU

PRAKTISCHE VORBEREITUNGEN

Was ist bisher geschehen?

Bildung einer kleinen **Arbeitsgruppe** aus zwei ökologisch arbeitenden Bauern, dem ehemaligen Naturschutzbeauftragten aus dem Hztg.-Lauenburg, dem Stadtförster aus Lübeck, einer Greenpeace Aktivistin aus Lübeck und mir selbst von Attac.

Bisher hat 1 Treffen zur inhaltlichen Abklärung von Vorstellungen stattgefunden, weiteres Treffen im Winter vorgesehen, Gruppe ist offen.

Die inhaltlichen Darstellungen stellen noch kein Abstimmungsergebnis der Gruppe dar.

Finanzierungsantrag für 2020 bei Attac gestellt.

Weil das Vorhaben aber erst in den allerersten Anfängen steckt und noch nicht abgestimmt ist, zunächst Bewilligung von 1000 € , spätere Zahlung aus dem Nachtragshaushalt möglich.

Auf dem **Herbststratschlag kurze Vorstellung des angedachten Projekts**, viel positive Resonanz.

Nächste Schritte

Abstimmung der Regionalkonferenz: Wollen wir als Attac-S-H eine „Volksinitiative zur Rettung von Bienen, Boden und Bauern“ anstoßen?

Wir befänden uns dann im Verbund mit Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg und Niedersachsen, wo ähnliche Initiativen gelaufen sind bzw. laufen.

Bei Zustimmung:

Überarbeiten u. Konkretisieren der Forderungen
Erstellen eines Papiers zur Werbung von Trägern und Unterstützern des Vorhabens

(Breite Aufstellung!)

Konferenz aller Beteiligten zur Abstimmung von Forderungen, Maßnahmen etc.

Finden eines Juristen für die Begleitung des Projekts

Finden einer Person für die Erstellung einer Website

Inhaltliche Fortbildung durch Veranstaltungen z.B. des „Netzwerks ökologischer Landbau in S-H“.

AbL etc. für eine bessere Argumentation und das Kennenlernen von Landwirt*innen

Attac München

<https://www.attac-muenchen.org/startseite/>

5.2.

1- 2019 war SÖT das Thema der Winterschule von attac München <http://www.attac-winterschule.de/>

2- ein Arbeitskreis beschäftigt sich im Moment mit dem Impact der Kohle auf das Klima, es wird angestrebt gründlich so viele Aspekte wie möglich in Betracht zu ziehen und zusammenzutragen. in diesem Zusammenhang der Flyer für die Demo FFF vor der Siemenszentrale in München am 11.Januar 2020 (siehe Flyer unten)



„Siemens treibt die Dekarbonisierung aktiv voran. Wir haben uns im Sinne des Pariser Klimaabkommens ehrgeizige Ziele gesetzt.“

(aus den Siemens-Nachhaltigkeitsinformationen 2019)

Wie passt das zusammen mit dem Adani-Carmichael Projekt in Australien?

Australien brennt, und Siemens hilft dabei, den Klimawandel noch anzuheizen. Denn, wie die Adani Alliance, die seit 10 Jahren gegen das Projekt kämpft, vorgerechnet hat, würde die Kohle aus der Mega-Mine bei vollem Ausbau jedes Jahr viermal so viel CO₂-Emissionen verursachen wie Australien selbst.

Schon national wären die Folgen verheerend:

- Der Wasserbedarf würde die ohnehin gestresste Lage in Queensland fatal verschlechtern.
- Schiffsverkehr und industrielle Aktivitäten würden den Korallenriff „Great Barrier“ noch ernsthafter gefährden.
- Und dazu kommt, dass die Indigenen Wangan und Jagalingou, denen das Land der Kohlemine gehört, enteignet und vertrieben würden.

Global aber heißt das, dass die Pariser Klimaziele konterkariert würden – wir alle müssten das ausbaden.

Bereits 61 Unternehmen haben sich daher von dem Projekt distanziert und wollen mit Adani nicht mehr zusammen arbeiten.

Wir fragen:

Will Siemens seine Reputation angesichts dieser starken Widerstände in Australien und international aufs Spiel setzen?

Will Siemens an der Verschärfung der Klimakrise mit schuld sein?

**Die PG Ökonomie und Klima von Attac München trifft sich
jeden 3. Dienstag im Monat um 19 Uhr im
EineWeltHaus, Schwanthalstraße 80.
Das nächste Mal am 21.1.20. Interessenten herzlich willkommen!**

ViSdP: Christiane Hansen, c/o Attac München, Schwanthalstr. 80, 80336 München

Attac Nordfriesland

<https://www.attac-netzwerk.de/nordfriesland/startseite/>

(1) Nachdem wir uns im Febr. 2019 bei einem Vortrag von Jonas Lage/ Mitglied des I.L.A Kollektivs/Göttingen zum Thema "Wege vom Leben auf Kosten anderer in ein gutes Leben für Alle" schlau gemacht hatten, luden wir J. Lage zu diesem Thema als Impuls gebenden Referenten der am 30.3.2019 in Husum stattfindenden attac Regionalkonferenz Nord ein.

Es ging dabei um die Fragen:

Kann man, wie es das I.L.A.-Kollektiv tut, die imperiale Lebensweise angehen, ohne den Kapitalismus und den Neoliberalismus offen und fundamental zu bekämpfen?

Ist die angestrebte Transformation vorrangig durch individuellen Beitrag (Lebensstil), neue gesellschaftliche Strukturen oder Veränderung der politischen Rahmenbedingungen erreichbar?

Inwiefern sind I.L.A. und Attac potenzielle Bündnispartner, welche konkreten Kooperationsprojekte bieten sich an? (Eine Frage, die die SoAk 2019 in Bochum vertieft werden sollte.)

(2) Ein attac NF-Gruppenmitglied nahm 2019 im Rahmen „ENERGIEBÜRGER SH, klar zur Wende“ (Kooperation Heinrich-Böll-Stiftung SH und Volkshochschule Husum/ u.a. gesponsert aus Landestöpfen) am Kurs "Bürger für die Energiewende und Klimaschutz in der Region Husum" teil. Während der mehrmonatigen Arbeit unterschiedlichster regionaler Gruppen wurden bestehende Nachhaltigkeitsprojekte vorgestellt und neue geplant. Die Arbeitsergebnisse wurden in der Öffentlichkeit präsentiert und Interessierte zur weiteren Beteiligung an und Umsetzung von geplanten Projekten eingeladen. Einige dieser Projektgruppen sind 2020 noch aktiv.

(3) Im Mai 2019 stiegen einige attac NF Mitglieder ins Thema Klimanotstand ein und gründeten zusammen mit gleichgesinnten Interessierten und Aktiven der Region die Initiative Klimanetzwerk Husum. Per Anregung nach § 16e der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein stellten sie den Antrag (eine 2 ½ seitige Resolution) an die Stadtverordneten, für die Stadt Husum den Klimanotstand auszurufen. Der Antrag wurde am 27.6.2019 von der Mehrheit der Abgeordneten abgelehnt (die Grünen und der Südschleswigsche Wählerverband hatten zugestimmt). Aktiv unterstützt wurde die Initiative von der regionalen Fridays For Future-Bewegung.

(4) 2019-2020 unterstützte attac NF die Aktivitäten der Volksinitiative zum besseren Schutz des Wassers, Schleswig-Holstein u.a. beim Sammeln von Unterschriften zum „Volksbegehren zum Schutz des Wassers“. Ziel des Volksbegehrens: Vor Gericht sollen besserer Schutz vor Umweltschäden durch Ölbohrungen, die Unternehmenschafung für Schäden und eine Einschränkung der Geheimhaltung ihrer Anträge und Vorhaben erstritten werden.

Attac Nürnberg

<https://www.attac-netzwerk.de/nuernberg/startseite/>

15.2.

a. welche Aktivitäten mit einem direkten oder indirekten Bezug zum attac-Schwerpunkt SÖT habt ihr durchgeführt (Veranstaltungen, Aktionen...) und welche plant ihr für 2020?

Durchgeführt bzw. laufend

- 1) Veranstaltung mit Klaus Dörre zum Thema „Neo-Sozialismus oder: Acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion“ (Kooperation mit GEW)
- 2) Mitarbeit in der AG Wohnen des Sozialforums Nürnberg, Fokus: gute, leistbare Wohnungen für alle, neue Gemeinnützigkeit, Enteignung großer Wohnbaukonzerne
- 3) Mitarbeit im FLINT*Komitee für einen feministischen Streik, Nürnberg: Fokus: Eintreten für eine andere Gesellschaft, ohne geschlechtsspezifische Gewalt, ohne Rassismus, ohne strukturelle Benachteiligung von Frauen*
- 4) Welt-Uni (in Kooperation mit Mission EineWelt (evang. Kirche)), jährlich eine Ganztagesveranstaltung, dieses Jahr zum Thema: Künstliche Intelligenz/gesellschaftliche Transformation
- 5) Mitarbeit an der Erklärung des Nürnberger Sozialbündnisses (initiiert vom DGB) zur Kommunalwahl (gefordert wird u.a. ein Wende in der Verkehrspolitik)

Geplant

- Aktion zu Freihandel, Mercosur (ein Schwerpunkt wird auf den Auswirkungen von Mercosur/des Freihandels auf das Klima liegen), Kooperation mit dem Bündnis „Gerechter Welthandel Nürnberg“ geplant
- In diesem Jahr wird das Thema „sozial-ökologische Transformation“ mehr ins Zentrum unserer Arbeit rücken.

b. mit welchen Gruppen arbeitet ihr lokal zusammen?

Es gibt unterschiedliche Bündnisse, Formen der Zusammenarbeit, je nach Thema, z.B.

o GEW

o Gerechter Welthandel Nürnberg (Mitglieder u.a. Mitglieder u.a. Bund Naturschutz, Mehr Demokratie, ÖDP, Mission EineWelt)

o Sozialforum Nürnberg, AG Wohnen (Mitglieder u.a. DKP, Organisierte Autonomie, Linke Liste Nürnberg, VerDi Erwerbslosenausschuss)

o Nürnberger Sozialbündnis (Organisationen, Einrichtungen, Initiativen aus dem sozialen Bereich in Nürnberg, vom DGB initiiert)

c. Welche Erfahrungen möchtet ihr den anderen Attacies mitteilen?

Es gibt zurzeit eine Vielzahl von Aktivitäten zum Klima, zur Verkehrswende ... Diese werden von unterschiedlichen Akteuren mit unterschiedlichen Zielsetzungen (z.B. Fokus auf konkrete Reformschritte wie die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs bzw. radikale Verminderung des CO₂-Ausstoßes...) durchgeführt. Eine Teilnahme ist nicht nur aus organisatorischen Gründen schwierig (wir sind eine kleine Gruppe), es ist auch unklar, wie wir einen „attac-spezifischen Ausdruck“ sichtbar machen können.

Bei attac fehlt eine konzeptionelle Klammer, um die unterschiedlichen Aspekte von SÖT unter ein gemeinsames Label zu stellen.

d. Welche Fragen möchtet ihr in den nächsten Monaten, insbesondere auf dem Frühjahrsratschlag, klären?

s.o. Wir benötigen für das Thema „SÖT“ ein gemeinsames Label, das die verschiedenen Aspekte von SÖT zusammenführt und attac als Akteur sichtbar macht.

Wir denken jedoch, dass wir die Diskussion grundlegender angehen müssten:

- Benötigen wir eine eindeutige Positionierung von attac, im Sinne des ursprünglichen Gedankens: Kritik der Finanzmärkte, der Konzerne, der neoliberalen Globalisierung?
 - Oder ist die Themenvielfalt, wie sie heute in attac gelebt wird, der bessere Weg?
- (Hierzu gibt es in unserer Gruppe unterschiedliche Ansichten)

Daraus abgeleitet: Soll bei SÖT ein eindeutiger Schwerpunkt auf ein Thema gelegt werden?

Etwa der Zusammenhang zwischen dem Klima und der Macht der Konzerne/des Finanzkapitals?

Oder ist es besser, alle Themen, die in direktem oder indirektem Zusammenhang von SÖT

stehen, zu bearbeiten – je nach regionalen Gegebenheiten, Interessen ...

e. Welche Unterstützung von der Bundesebene wünscht ihr euch?

- Eine bessere Kommunikation über durchgeführte Aktionen/Veranstaltungen zu SÖT
- Mehr Materialien, die wir vor Ort mit eigenen Hinweisen/Slogans ergänzen können, etwa große Plakate mit viel Platz für eine eigene Beschriftung
- Eine Fortsetzung dieses Diskussionsprozesses

25.2.

Liebe Mitglieder der SÖT-Arbeitsgruppe,

als Ergänzung zu unserer Antwort auf Eure Anfrage an die Regionalgruppen zum Thema SÖT schicken wir Euch in der Anlage einen Kommentar von Horst Müller, Mitglied von attac Nürnberg zum Papier des Ko-Kreises zu SÖT.

Uns ist eine Vertiefung des inhaltlichen Diskussionsprozesses wichtig, z.B.:

- Mit welchen gesellschaftlichen Analysen begründen wir die Notwendigkeit einer grundlegenden Transformation unserer Gesellschaft? Wo sind Gemeinsamkeiten? Wo Unterschiede?
- Reicht es aus, die soziale mit der ökologischen Frage zu verknüpfen? Müssen wir nicht auch die ökonomische Frage stellen? Und somit für ein grundlegend anderes Wirtschaftssystem eintreten?
- Einig sind wir in dem Punkt: Der Markt kann die Klima-Probleme nicht lösen. Jedoch: Wie können wir den Markt "ablösen"? Wie kann eine umfassende gesellschaftlichen Kontrolle über Produktion und Verteilung von Gütern umgesetzt werden?
- Welche konkreten Schritte können wir in nächster Zeit gehen? Wie verhindern, dass ökologische gegen soziale Probleme ausgespielt werden? Wie sollte sich z.B. die Besteuerung ändern? Wie müssen soziale Leistungen organisiert werden, damit sie für alle zugänglich sind? Wie kann eine tatsächliche Mitbestimmung der Menschen im Gemeinwesen erreicht werden?
- Welche Rolle spielt bei dem angestrebten Transformationsprozess der Nationalstaat? Welche übergeordnete Einheiten, wie etwa die EU?

Wir möchten Euch bitten, das Papier von Horst Müller bei der Vorbereitung der Diskussion zu SÖT auf dem Frühjahrsratschlag in geeigneter Form zu berücksichtigen. Vielleicht wäre auch eine Veröffentlichung im attac-Theorieblog möglich?

Attac Osnabrück

<https://www.attac-netzwerk.de/osnabrueck/startseite/>

In 2018 bis Mai 2019 lag unser Schwerpunkt in einer Bürgerentscheidungskampagne für die Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft in Osnabrück, die mit einem erfolgreichen Bürgerentscheid abgeschlossen wurde. Für diese Kampagne haben wir im Frühjahr das "Osnabrücker Bündnis für bezahlbaren Wohnraum" initiiert, das die Kampagne getragen hat. Mehr Informationen dazu im angehängten Lunapark21-Artikel. Das "Bündnis" begleitet jetzt den Gründungsprozess der Wohnungsgesellschaft und ist damit in den Niederungen der kommunalen Realpolitik angekommen. Wir stecken da als attac weiter drin - es ist mühsam und arbeitsintensiv. Während der Kampagne haben wir kaum mehr was anderes auf die Reihe gekriegt.

Im Herbst 2019 haben wir an die "Fff"-Mobilisierungen angedockt. Attac hat für den "Global Climate Strike" am 26.9. ein Bündnis angeleiert, das für den Aktionstag im "Erwachsenen"-Bereich mobilisiert hat. Dieses Bündnis hat auch für den nächsten Aktionstag am 29.11. mobilisiert. Aus dem Bündnis heraus ist eine Initiative für ein "Klimanetzwerk" in Osnabrück und im Landkreis entstanden, an dem sich bei der Gründung Vertreter*innen von 30 Organisationen und Initiativen (siehe Anhang) beteiligt haben. Ziel ist es, die vorhandenen Gruppen zusammenzubringen und sich gemeinsam für eine ambitionierte Klimapolitik in unserer Region einzusetzen. Wir arbeiten jetzt (zusammen mit anderen) daran, aus diesem heterogenen Haufen einen handlungsfähigen Akteur mit gemeinsamen Zielen und Aktionsmöglichkeiten zu entwickeln.

Diese Erfahrungen mit Bürgerbegehren/Bürgerentscheid zur Durchsetzung lokaler Forderungen (nicht nur im Bereich Wohnen) sowie mit unserer Bündnisarbeit können wir weitergeben bzw. uns mit anderen dazu austauschen.

Unser Problem bei diesen Aktivitäten ist, dass wir als Personen einen guten Ruf haben, dass wir aber viel zu wenig attac-spezifische Positionen einbringen können. Es fehlt an gut gemachtem attac-Material (Flyer, Broschüren, Aufkleber, Bildungsangebote usw.), mit dem wir auch unser politisches Profil zeigen können. Und es fehlt zudem an einem überregionalen Austausch unter attac-Aktiven, die in ähnlichen Arbeitsfeldern unterwegs sind. Das liegt aber weniger an der Bundesebene als m.E. an der "Selbstgenügsamkeit" vieler Regionalgruppen, die vor Ort rumwerkeln, aber kein Bedürfnis zum Aufbau einer bundesweiten kampagnenfähigen Organisation haben oder die einfach nicht die Kapazitäten haben, sich neben der lokalen Arbeit um eine Koordinierung auf überregionaler Ebene zu bemühen.

Attac-Regionalgruppe Untere Saar

<https://www.attac-netzwerk.de/untere-saar/startseite/>

17.1.

Das Themenfeld der SÖT ist sehr umfangreich und lässt sich nicht auf einige Schwerpunkte beschränken. Die meisten Regionalgruppen stellen schnell fest, dass eine Mitarbeit und die Bereitschaft zum Handeln eigentlich nur dann entsteht, wenn Betroffenheit oder Interesse geweckt werden kann.

In ländlichen Gebieten ist die Wohnungssituation nicht sonderlich angespannt, aber es mangelt oft an angemessenem ÖPNV, und die Arbeitsplätze sind meistens nur per PkW zu erreichen. Im städtischen Bereich ist die Lage ganz anders und Bereiche mit hoher Verkehrsdichte, sowie Industriegebiete lassen sich kaum mit einem angemessenen Naturschutz vereinbaren. Viele Probleme sind daher nur regional zu lösen und machen einen breiten Widerstand vor Ort nötig, wobei allerdings auch mit Interessenskonflikten zu rechnen ist.

Schwerpunkte für Attac

Zu den global schädlichen Auswirkungen auf ökologischer und sozialer Ebene, maßgeblich durch Raubbau, Landgrabbing, Freihandel und Kriege muss Attac weiter informieren und zum Protest aufrufen, weil das Ungleichgewicht mittlerweile extrem und gefährlich ist. Der Slogan “Keine Macht für Banken und Konzerne!” bringt es immer noch auf den Punkt und passt auch in die Friedens- und Umweltbewegung, wobei unbedingt Ross und Reiter zu nennen sind.

Die Situation von Untere Saar

Es ist ersichtlich, daß es im Saarland und Rheinland-Pfalz kaum noch aktive Regionalgruppen gibt, was in der Grenzregion zu Frankreich und Luxemburg sehr bedauernd ist. Ehemals starke Regionalgruppen, z.B. in Trier oder Kaiserslautern, haben aufgegeben.

Die Unterstützung der Kampagne gegen die US-Airbase in Ramstein und des Protests gegen den US-Atomwaffenstandort in Büchel, sind bei Attac in den letzten Jahren leider zu kurz gekommen, konkret fehlte es an Unterstützung von der Bundesebene und an der Weitergabe von Infos zu den Aktionen.

Wegen der zahlreichen militärischen Stützpunkte in Rheinland-Pfalz und im Saarland und auch durch das störanfällige grenznahe Atomkraftwerk in Cattenom haben sich in diesem Bereich inzwischen mehrere Bürgerinitiativen gebildet, die informieren und zu Widerstand aufrufen. Die massive Belastung von Luft, Wasser und Boden, sowie unerträglicher Fluglärm und die realistische Annahme, dass im Kriegsfall die US-Airbase in Ramstein und das US-Atombombenlager in Büchel vorrangige Angriffsziele darstellen, sind Themen in dieser Region.

Frieden, soziale Gerechtigkeit, Gesundheit und Umwelt sind vorrangige Themen in unserer Region, die wir durch unser Engagement, auch durch gemeinsame Aktivitäten mit anderen Initiativen, unterstützen.

Das Militär ist ein Klimakiller auf der ganzen Linie, was bei den Klimadebatten bisher außen vor bleibt. Diesen Skandal werden wir weiter anprangern.

Es ist auch wichtig, dass der ausufernde Warenverkehr und die Freihandelsabkommen als besonders klimaschädliche Faktoren mehr in den Fokus gerückt werden.

Bei gemeinsamen Aktionen, sei es mit Bürgerinitiativen, “Aufstehen”, FFF oder dem FriedensNetzSaar werden wir uns weiterhin sichtbar einbringen.

17.01.2020

Debattenbeiträge

Positionspapier des Koordinierungskreises zur Attac-Diskussion um die sozial-ökologische Transformation / Januar 2020

Globale Armut und Naturzerstörung solidarisch überwinden - Gutes Leben für alle!

Der drohende globale Klimakollaps bedroht auf vielfache Weise die Lebensgrundlagen von Menschen weltweit. Das weltweit vorherrschende, kapitalistisch geprägte Wachstumsmodell hat einen Grad von Ressourcenverbrauch und Schadstoffausstoß erreicht, der zur Umkehr zwingt. Ein Fortbestehen dieses Wirtschaftsmodells vertieft weltweit die Klimakrise. Dieses Wirtschaftsmodell hat auch sein Wohlstandsversprechen nicht eingelöst, vielmehr die soziale Spaltung innerhalb und zwischen den Gesellschaften vertieft und damit Millionen Menschen in die Migration getrieben. Hauptbetroffene sind verstärkt Menschen im globalen Süden, die am wenigsten den Klimawandel verursacht haben. Ein auskömmliches Überleben wird nur durch eine drastische Reduzierung von Treibhausgasen und Ressourcenverbrauch möglich sein. Ein Systemwechsel ist nötig.

Die Vereinbarungen des COP23 von Paris 2105, Erderwärmung auf 1,5 Grad bis 2100 begrenzen zu wollen, waren ein Signal für mögliche Veränderung. Die notwendigen Maßnahmen sind in den Verhandlungen nicht durchzusetzen, solange die großen Industrieländer nicht bereit sind, ihre wachstums- und profitgetriebene Wirtschaftsweise zu ändern.

Diese zerstörerische Wirtschaftsweise gerät jedoch zunehmend unter Druck. Waren schon die Pariser Vereinbarungen nur durch zivilgesellschaftlichen Druck möglich, engagieren sich weltweit in den letzten Jahren immer mehr Menschen für Klimagerechtigkeit. Die Klimagipfel seit 2015 sind begleitet von Protesten. Beim letzten Gipfel in Madrid wurden sie geprägt durch Stimmen aus dem globalen Süden gegen den fortbestehenden Kolonialismus der Industrieländer und extraktivistische Wirtschaftsmodelle der eigenen Regierungen. Die Friday For Future-Bewegung hat in diesem Jahr Millionen vor allem Jugendliche auf die Straße gebracht, um Politik zum Handeln zu zwingen. Als Attac unterstützen wir die neuen jungen Bewegungen und sind selbst als Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv.

Bundesregierung und EU-Kommission reagieren mit Mogelpackungen. Einerseits werden ambitionierte Ziele propagiert. So sollen in der EU die Treibhausgase bis 2030 um 50-55%, gemessen am Stand von 1990, sinken. Die dafür vorgesehenen Maßnahmen sind jedoch in ihrem Ansatz falsch und unzureichend.

Das Klimapaket ist im Ansatz falsch, da Treibhausgase hauptsächlich über Marktmechanismen wie Anreize, Zertifikatehandel oder CO₂-Bepreisung reduziert werden sollen. So dringend notwendig Bepreisung von Klimaschädlichkeit etwa beim Gütertransport ist, lässt sich die Krise jedoch nicht mit denselben Mechanismen bekämpfen, die sie verursacht haben. Daher sind klare ordnungspolitische Maßnahmen zum Erreichen der Reduktionsziele notwendig. Dazu gehören enge Grenzwerte, kurze Ausstiegszeiträume oder Verbote für schädliche Verfahren und Produkte.

Das Klimapaket ist unzureichend, weil aus Rücksicht auf die Interessen z.B. der Energie- und Automobilkonzerne notwendige Einschnitte wie ein schneller Ausstieg aus fossilen Energien oder radikaler Rückbau der Autoindustrie unterbleibt. Beides ist nur mit Entmachtung der Konzerne möglich. Beides ist auch als gesellschaftliche Aufgabe unter Einbeziehung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften sozial verträglich gerecht möglich.

International wird inzwischen ein „Green New Deal“ zur Rettung vor dem Klimakollaps diskutiert. Die Frage ist dabei, ob mit öffentlichen Investitionen in klimafreundliche Technologien Wachstum, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit versöhnt werden können. Angloamerikanische Vertreter*innen verbinden mit Green New Deal eine Umverteilung von Reichtum und Machtbegrenzung von Kapital. Ihr Konzept zwingt die Menschen nicht, „sich zwischen der Sorge um das Ende der Welt und der Sorge um das Ende des Monats zu entscheiden“ wie Naomi Klein

betont. Eindrückliches Beispiel dafür, wie die ökologische gegen die soziale Frage ausgespielt werden sollte, war die Erhöhung der Mineralölsteuer in Frankreich, die zum Protest der Gelbwesten geführt hat.

Die EU-Kommission versteht Green Deal als ein Programm, durch „grüne Technologien“ europäischen Konzernen neue Märkte zu erschließen. Abgesehen davon, dass damit höherer Ressourcenverbrauch nicht ausgeschlossen wird, dienen solch expansionistische Strategien der Verfestigung von Machtungleichgewichten und verstärken weltweite soziale Spaltung, statt sie zu überwinden.

Eine ökologisch tragfähige und sozial gerechte Wirtschaftsweise wird nur möglich sein, wenn der Markt als Allheilmittel zur Lösung der Probleme ersetzt wird durch umfassende gesellschaftliche Kontrolle über Produktion und Verteilung von Gütern.

Mit der Krise der Profitmaximierung ab den 1970er Jahren wurde Kapital verstärkt in Finanzmärkte investiert und hat damit weltweit die sozialen Lebensverhältnisse durchdrungen. Ausgehend von der Auseinandersetzung um Kontrolle der Finanzmärkte war die Kritik an den katastrophalen Auswirkungen der damit verbundenen kapitalistisch geprägten Globalisierung zentraler Bezugspunkt von Attac. Dabei standen rund um die Weltsozialgipfel zuerst die sozialen Verwerfungen im Mittelpunkt. Mit der Zuspitzung der Klimakrise und ihrer öffentlichen Wahrnehmung ist auch für Attac die Notwendigkeit der Verknüpfung der sozialen mit der ökologischen Frage unumgänglich geworden. Erstmals haben wir diese Verknüpfung 2011 mit dem Wachstumskongress hergestellt und 2015 mit der Kampagne „Globale Armut und Naturzerstörung solidarisch überwinden“ offiziell zum Thema gemacht. 2018 haben wir sozial-ökologische Transformation als Schwerpunkt der Attac-Arbeit beschlossen und bearbeiten seit Frühjahr 2019 mit der Kampagne „einfach.umsteigen – Klimagerechte Mobilität für alle!“ beispielhaft den ersten Themenschwerpunkt. Weitere sollen folgen.

Uns ist klar: Ein Systemwechsel ist nötig. Wir brauchen „System Change – not climate change“. Der Begriff „Sozial-ökologische Transformation“ steht für diesen Systemwechsel, den wir in allen Lebensbereichen benötigen. Wir brauchen eine Energiewende, die auf erneuerbare Energien in Bürger*innenhand setzt. Wir brauchen eine Agrarwende, die statt exportgetriebener Massenproduktion auf die Förderung ökologisch-solidarischer Landwirtschaft setzt. Wir brauchen industrielle Abrüstung, in der überflüssige Produktion – zuallererst Rüstung – durch gesellschaftlich nützliche Produktion ersetzt wird. Wir wollen in solidarischen Kommunen leben, die den Menschen ein Auskommen, gute Bildung, Pflege, Gesundheit und Mobilität gewährleisten. Einrichtungen der Daseinsfürsorge gehören in öffentliches Eigentum und dürfen nicht den Einflüssen der Finanzmärkte ausgesetzt werden. Bezahlbares Wohnen in energetisch wärmegeprägtem Wohnen muss sichergestellt und darf nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Das alles geht nur durch umfassende demokratische Teilhabe in allen Lebensbereichen. Die Menschen müssen ermächtigt werden und Gelegenheit bekommen, über die Ausgestaltung einer emanzipatorischen Gesellschaft entscheiden. Dafür ist mehr Zeit und Demokratie nötig, dafür müssen den Finanzmärkten Ressourcen entzogen und in sozial-ökologische Aufgaben investiert werden.

Diese Ziele treffen auf eine globale Realität, die seit Gründung von Attac nicht einfacher geworden ist. Der Zerfall alter Machtblöcke in eine multipolare Welt macht die Verhältnisse komplexer und unübersichtlicher und befördert autoritäre Regierungen. Der Kampf um Macht, Zugänge und Ressourcen führt verstärkt zu Kriegen, die zusammen mit den Folgen der Klimakrise immer mehr Menschen in die Migration treiben. Technologische Veränderungen, allen voran Digitalisierung, verändern die sozialen Beziehungen und tragen zu weiterer gesellschaftlicher Polarisierung bei. Der Anteil der Menschen, die rechte, nationalistische Auswege aus der Krise wählen, nimmt zu und befördert die Einengung demokratischer Spielräume.

Fast alle Sektoren des gesellschaftlichen Lebens sind heute dominiert und verknüpft durch Kapitalverwertungsinteressen, die weltweit ein ökologisch nachhaltiges und sozial gerechtes Leben für die meisten Menschen verhindern. Diese Erkenntnis prägt die unterschiedlichen Arbeitsfelder von Attac. Mit unserer Erfahrung aus 20 Jahren Attac sind wir gefordert, unsere Expertisen in die gesellschaftliche Diskussion und die Auseinandersetzung um emanzipatorische Lösungen einzubringen. Dazu dient u.a. die Attac-Sommerakademie, die wir 2020 unter das Motto „System Change – Welches System?“ stellen.

Auf welchem Weg eine sozial-ökologische Transformation durchgesetzt werden kann und wie diese andere Welt aussieht, ist ein langfristiger Prozess und Ergebnis vielfältiger Auseinandersetzungen. Attac ist Teil des emanzipatorischen Lagers und beteiligt sich aktiv an den Kämpfen für ein „gutes Leben für alle“

Wir zeigen an dieser Stelle lediglich auf, welche wesentlichen Hindernisse zu überwinden sind und in welche Richtung emanzipatorische Lösungen gehen können:

- Während soziale Spaltung und Armut auch im globalen Norden zunimmt, lässt eine „imperiale Lebensweise“ viele Menschen hier in – unterschiedlich ausgeprägtem - materiellen Überfluss leben und trägt zur Klimazerstörung bei. Daraus erwachsene unnötige Produktion muss abgebaut und stattdessen materielle Versorgung weltweit sichergestellt werden.
- Kapitalistisch geprägte globale Arbeitsteilung und weltweite Lieferketten haben weltweit Armut und Ungleichheit verfestigt und tragen massiv zur Klimazerstörung bei. Sie sind durch regionale, gemeinwohlorientierte Produktionsnetze zu ersetzen.
- Erpresserische Handelsverträge verhindern in wirtschaftlich schwächeren Ländern eigenständige industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung und sind abzuschaffen.
- Deregulierte Finanzmärkte beschleunigen Konzentration von Reichtum und verursachen Wirtschaftskrisen. Sie müssen entmachtet, Reichtum muss verteilt und finanzielle Ressourcen müssen gezielt in sozial-ökologische Projekte fließen.
- In einer zunehmend desintegrierten Welt nehmen Kriege um die Sicherung und Ausweitung von Macht und Ressourcen zu. Dagegen ist ein belastbares UN-geführtes Sicherheitsregime einzuführen.
- Rüstung und Kriege führen neben ihrem todbringenden Wesen zu gigantischer Ressourcenverschwendung und müssen durch radikale Abrüstung ersetzt werden.
- Zerstörerische industrialisierte Agrarwirtschaft ist zu ersetzen durch bäuerliche, gesunde und Ernährungssouveränität sichernde Landwirtschaft.
- Weltweit wachsender individueller Autoverkehr trägt wesentlich zur Klimazerstörung bei und ist in großen Teilen durch ein öffentliches Verkehrsnetz zu ersetzen, das allen Menschen Mobilität sichert.
- Die Nutzung fossiler Energien muss schnell durch erneuerbare Energien ersetzt und diese ressourcenschonend eingesetzt werden.
- Soziale Sicherungssysteme, Gesundheit und Alterssicherung werden verstärkt abgebaut, privatisiert und zur Kapitalanlage genutzt. Daseinsvorsorge muss von der Logik der Profitmaximierung getrennt und ausgebaut werden und sich am Gemeinwohl und gesellschaftlicher Teilhabe orientieren.
- Zunehmend ungesicherte Arbeitsverhältnisse verschärfen Konkurrenz und Ausbeutung und schließen Menschen aus. Dagegen sind Arbeitnehmer*innen zu stärken, Arbeitszeit zu verkürzen und ein emanzipatorisches Grundeinkommen durchzusetzen.

In Attac versammeln sich Menschen, die sich für unterschiedliche Themen engagieren. Die dabei erworbenen Erkenntnisse und Schlussfolgerungen sind wertvolle Beiträge im Einsatz für eine sozial-ökologische Transformation. Es gilt, sie zusammenzuführen und im Kampf für eine bessere Welt einzusetzen. Eine sozial-ökologische Transformation dient uns dabei als strategisches Ziel, für das wir uns mit anderen Akteuren aus den sozialen und Klimagerechtigkeitsbewegungen vernetzen.

margareta Steinrücke

sozialökologische transformation

söt eignet sich sehr als strategisches ziel und medium von attac, da

1. die dringlichkeit, etwas gegen den klimawandel zu unternehmen, inzwischen, v.a. dank fridays for future, in den mainstream gedrungen ist,
2. wege zu einer "anderen welt", dem hauptversprechen von attac, damit aufgezeigt werden,
3. der systemcharakter der ausbeutung und zerstörung von mensch und natur durch die neoliberale globalisierung, den hauptgegner von attac, daran sichtbar gemacht werden kann.

allerdings macht söt als gegenstand einer attac-strategie nur dann sinn, wenn wir nicht das gleiche machen, was viele andere ökologie-, eine welt-, soziale gerechtigkeits- etc. -bewegungen auch schon tun, im zweifelsfall besser als wir.

Deswegen müsste m.e. die söt als teil einer attac-strategie an mehrere zentrale gedanken gekoppelt werden, die auch etwas mit den "alleinstellungsmerkmalen" von attac zu tun haben:

1. der systemcharakter der zerstörung durch den neoliberalen kapitalismus und dementsprechend die koppelung einer söt an eine systemveränderung: "system change, not climate change!"
2. das aufdecken der kapitalinteressen und finanzmarktstrukturen hinter der mensch und umwelt zerstörenden produktion, rohstoffgewinnung, energieerzeugung, verkehrsorganisation, und zwar mit "ross und reiter" nennen
3. das aufzeigen alternativer finanzierungsquellen bereits im hier und jetzt wie finanztransaktionssteuer, konzernsteuer, digitalsteuer, vermögenssteuer und -abgabe, erbschaftssteuer, CO2-steuer u.a.
4. das ausarbeiten einer konkreten utopie oder vision der "anderen welt", die wir als möglich behaupten
5. die systematische berücksichtigung der ökologischen wie der sozialen interessen gleichermaßen, der "just transition".

die voraussetzungen dafür in attac sind nicht schlecht. eine ganze reihe von bundesarbeitsgruppen (EKU, Jenseits des Wachstums, Genug für alle, ArbeitFairTeilen, Freihandel, Kommunen, Privatisierung, Solidarische Ökonomie u.a.) befassen sich bereits mit einzelnen aspekten von söt, teilweise auch mit dem gesamtzusammenhang. auch in den regionalgruppen tut sich vieles zu den verschiedenen aspekten der söt wie klimaschutz, energiewende, agrarwende, verkehrswende u.a.

auch an bündnispartner*innen zum thema fehlt es nicht, von bund über campact bis zur ig metall, die die söt jetzt auch für sich entdeckt hat und gerade eine riesenbefragung in metallbetrieben mit igm-betriebsrat zum aktuellen stand der transformation im betrieb unter technischen, ökologischen und sozialen gesichtspunkten durchgeführt hat. fridays for future mit scientists und parents for future und extinction rebellion sollten wir m.e. auch unbedingt versuchen, als bündnispartner*innen zu gewinnen bzw. besser umgekehrt ihnen unsere unterstützung anbieten (ohne jeglichen dominanzanspruch).

wessen es in attac allerdings noch bedarf, ist die diskussion des zusammenhangs der einzelnen elemente und die zuspitzung hin auf wirkliche politische wirksamkeit. damit verbunden ist auch die frage der medien und methoden unserer aufklärungsarbeit, u.a. die rolle von gefühlen, personen, visionen darin.

all das hat genau seinen richtigen platz in der strategiediskussion des rates von attac. die kompetenz des wissenschaftlichen beirats von attac zu vielen dieser aspekten von söt sollten wir systematischer und früher als bisher einbeziehen und ebenfalls die anstrengungen und vorarbeiten unserer anderen europäischen attac-gruppen dazu nutzen.

Ein Diskussionsvorschlag zur Vorbereitung des Attac-Frühjahrsratschlags von Franz Groll

Grundzüge für eine sozial-ökologische Transformation

Kurzfassung (Änderungsstand 9.1.20)

Wir, die Bevölkerung der Industriestaaten des globalen Nordens, sind seit 250 Jahren auf dem „besten Weg“, unsere Lebensgrundlagen auf mehrfache Weise zu zerstören.

1. Durch die Ausbeutung der Rohstoffe, als Folge des wirtschaftlichen Wachstums und unserer Konsumgewohnheiten
2. Durch den Klimawandel, ausgelöst durch den Temperaturanstieg, der durch den Ausstoß von Treibhausgasen verursacht wird.
3. Durch den Artenschwund, der mehrfache Ursachen hat.
 - a) Der Klimawandel
 - b) Die „Ausräumung“ der Naturlandschaft und die intensive Bewirtschaftung der Felder.
 - c) Die Rodung der Urwälder
 - d) Der Einsatz von Chemikalien in der Landwirtschaft
4. Durch die Zerstörung des Ökosystems der Meere

Zur Sicherung der Rohstoffversorgung wird aufgerüstet und es werden Kriege geführt, und Staaten sowie Konzerne kaufen in großem Umfang Ländereien (Land-Grabbing) in Entwicklungsländern. In der Folge fliehen Millionen von Menschen um Kriegen, Hungersnöten und Naturkatastrophen zu entkommen.

Auch die sozialen Folgen unseres Wirtschaftens sind völlig inakzeptabel. In den Industriestaaten steigen die prekären Beschäftigungen und Arbeitslosigkeit, in den Niedriglohnländern müssen die ArbeiterInnen für einen Hungerlohn schuften und in den Entwicklungsländern leiden über 800 Millionen Menschen an Unterernährung.

Die Ursache dieser Entwicklungen liegt in den Prinzipien und Strukturen der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Dies hat zwar für eine starke Minderheit großen Wohlstand gebracht hat, jedoch zu Lasten der ausgebeuteten Natur und auf Kosten der ausgebeuteten Menschen.

Papst Franziskus stellt treffend fest: Diese Wirtschaft tötet!

Unsere Lebensweise in den Industrie- und in den Schwellenländern ist nicht zukunftsfähig und extrem unsozial. Eine fundamentale Umkehr, **eine sozial-ökologische Transformation** ist unumgänglich.

Die gesamte Problematik wurde und wird durch das starke Bevölkerungswachstum noch verstärkt, das aber auch eine Folge der extremen Armut und der ungenügenden Bildungseinrichtungen ist.

Die erforderlichen Veränderungen

Eigentlich müsste mit der Überwindung des kapitalistischen, gewinnorientierten Wirtschaftssystems begonnen werden, da dies der Urgrund für die Krisenentwicklung der Menschheit ist. Diese grundlegende Veränderung wird aber aus gesellschaftlichen Gründen eine längere Zeit in Anspruch nehmen. Der Klimawandel erfordert jedoch ein sehr kurzfristiges Handeln. Attac schlägt deshalb vor, dass umgehend - noch im kapitalistischen System - mit dem erforderlichen, dem Notwendigen sozial-ökologischen Umbau begonnen wird.

Dazu müssen die politischen Maßnahmen so gestaltet werden, dass alle am Wirtschaftsgeschehen Beteiligten, also Produzenten und Konsumenten, mit ihrer ganzen Kreativität so handeln, dass die erforderlichen ökologischen Ziele erreicht werden. Es wird sich

dann zeigen, ob dies noch mit dem im Kapitalismus erforderlichen wirtschaftlichen Wachstum möglich ist, oder ob das Ziel nur mit weniger Produktion von Gütern und weniger energieintensiven Dienstleistungen möglich ist.

Folgende Maßnahmen werden vorgeschlagen, die sofort begonnen werden können:

1. Maßnahmen gegen den Klimawandel

Wenn Deutschland seine Verpflichtungen im Rahmen des Pariser Abkommens wirklich erfüllen will, müssen wir den Ausstoß von Treibhausgasen (THG) bis 2040 auf netto 0 reduzieren. Das bedeutet, dass noch bestehende unvermeidbare Emissionen an THG durch geeignete Maßnahmen kompensiert werden müssen; z.B. durch die Anreicherung von Humus im Boden, oder durch zusätzliche Aufforstungen. Damit wir bis 2040 in die Nähe des erforderlichen Ziels kommen, muss der THG-Ausstoß jedes Jahr um etwa 8 – 9 % reduziert werden! Das ist eine gewaltige Herausforderung.

Für die Erreichung dieses Ziels werden hauptsächlich 2 Vorschläge diskutiert, - der Emissionshandel und die CO₂-Steuer.

Mit dem Emissionshandel könnte theoretisch die Emission sehr gezielt im erforderlichen Umfang reduziert werden, wenn nur die im Reduktionsplan vorgesehene Anzahl von Zertifikaten versteigert würden. Beim EU-Handelssystem ist jedoch die Wirkung völlig unzureichend, vor allem weil zu viele Zertifikate kostenlos ausgegeben wurden und die Reduktionsziele mit z. Z. 1,74 % und ab 2021 mit 2% viel zu gering sind, außerdem ist das System durch die weltweite Kompensationsmöglichkeit nicht kontrollierbar.

Mit der CO₂-Steuer, deren Steigerungsrate über mehrere Jahre geplant wird, kann dagegen die Reduktion der Emission nicht vorgegeben werden, weil sie nur eine Lenkungswirkung hat. Und bei Rückerstattung der Einnahmen aus der CO₂-Steuer verliert sie zusätzlich an Lenkungswirkung.

Wir schlagen deshalb eine Mischform vor, nämlich eine festgesetzte Deckelung des THG-Ausstoßes, (ähnlich wie beim Emissionshandel, jedoch mit der Notwendigen Reduktionsrate), im Verbund mit einer jährlich neu an die Ziele angepassten CO₂-Steuer. Wenn sich nach etwa 4 – 5 Jahren der Praktizierung dieser Methode herausstellen, dass auch mit dieser Steueranpassung das Reduktionsziel nicht erreicht wird, schlagen wir die **Kontingentierung** des THG-Ausstoßes vor. Dazu wird folgendes Verfahren vorgeschlagen:

Das in jedem Jahr noch verfügbare **THG-Kontingent** (in Höhe der geplanten Deckelung) wird an jene Unternehmen **versteigert**, bei deren Produktion THG entstehen, deren Produkte CO₂ freisetzen (Benzin, Gas, etc.), sowie an Importeure.

Einen Handel mit Kontingenten und die Kompensationsmöglichkeiten gibt es nicht mehr.

Weitere Vorschläge für beide Systemvarianten:

- a) Die Reduktionsrate wird in allen Ländern so festgelegt, dass das in Paris beschlossene Ziel erreicht wird.
- b) Die Einnahmen aus der Steuer bzw. der Versteigerung des Kontingents werden an alle BürgerInnen in gleicher Höhe ausbezahlt; dadurch erhalten diejenigen einen Bonus, die umweltbewusst konsumieren.
- c) Bei allen Produkten und Dienstleistungen wird die Höhe der anteiligen Kosten für die CO₂-Steuer bzw. der Ersteigerung der Kontingente im Verkaufspreis ausgewiesen; dadurch wird ihr **THG-Rucksack** bei allen Produkten und Dienstleistungen sichtbar.
- d) Beim Export und Import von Waren erfolgt für die CO₂-Steuer bzw. für die Kontingentkosten ein Grenzausgleich.

2. Maßnahmen gegen den Ressourcenverbrauch

Durch die Erzwingung der Reduktion des THG-Ausstoßes wird nicht nur die Ausbeutung von Kohle, Öl und Gas sehr stark zurückgehen, es ist auch zu erwarten, dass die Ausbeutung der meisten übrigen natürlichen Ressourcen abnehmen wird. Wenn dies nicht im erforderlichen Umfang eintritt, ist zusätzlich die **Ressourcensteuer** einzuführen.

Auch die Einnahmen der Ressourcensteuer müssen sozialverträglich an die Bevölkerung zumindest teilweise zurückerstattet werden.

3. Maßnahmen zur Erhaltung der Artenvielfalt

Zur Beendigung der Ausrottung von Millionen von Tieren und Pflanzen wird der erfolgreiche Stopp des Klimawandels einen wesentlichen Beitrag leisten. Weitere Erfolge werden nur durch Vorschriften zu erzielen sein.

Die Rodung der Urwälder muss weltweit verboten werden. Um auch illegale Rodungen unattraktiv zu machen, muss z.B. die in der EU erlassene Vorschrift der Beimischung von Pflanzentreibstoffen sofort zurückgenommen und in ein **Verbot** der Beimischung umgewandelt werden. Zusätzlich muss der Import von Tropenhölzern ganz verboten oder drastisch eingeschränkt werden.

Die „Ausräumung“ der Naturlandschaft und die Trockenlegung von Sumpfgebieten muss durch Vorschriften verboten und durch Renaturierungsmaßnahmen zumindest teilweise wieder rückgängig gemacht werden.

Die intensive Bewirtschaftung der Felder wird zwar durch die Maßnahmen für den Klimaschutz deutlich zurückgehen, da sich dadurch der Ökolandbau durchsetzen wird. Zusätzlich können Vorschriften erlassen werden, wie z.B. Bestandsobergrenzen für die Anzahl von Tieren pro bewirtschaftete Fläche und Obergrenzen für die Düngung.

Der Einsatz von giftigen Chemikalien in der Landwirtschaft muss durch ein Verbot ganz unterbunden werden. Dies ist eine wichtige Maßnahme gegen das Insektensterben und die Dezimierung von Wildtieren.

Dadurch wird auch die Verseuchung des Grundwassers an der Wurzel behoben, ebenso durch die oben vorgeschlagenen Maßnahmen gegen die Überdüngung der Felder.

Die Zerstörung des Ökosystems der Meere, ist eine Folge der steigenden Temperaturen, der Versauerung durch den CO₂-Eintrag, der Überfischung und des Eintrags von (Plastik-)Müll und Chemikalien. Maßnahmen gegen diese Probleme sind weltweit, also auf der Ebene der UNO, in Angriff zu nehmen. Sie können, neben den Maßnahmen gegen den Klimawandel, nur durch ganz konsequente Vorschriften gelöst werden.

4. Maßnahmen gegen das Land-Grabbing

Wer bringt einen Beitrag?

5. Maßnahmen zur Friedenssicherung

Hier sollte ein Beitrag der AG Glob-Krieg angefordert werden.

6. Soziale Gerechtigkeit in Deutschland

Die Spreizung der Einkommen und der Vermögen vergrößerte sich in den letzten 4 Jahrzehnten immer mehr. Wesentliche Gründe sind der Siegeszug des neoliberalen Denkens in der Gesellschaft, verbunden mit der Schwächung der Gewerkschaften, der zunehmenden Abkehr der Unternehmen von der Tarifbindung, der Steuerreduzierung für Kapitalbesitzer und Unternehmen und der Senkung der Sozialleistungen.

In der Folge erhalten immer mehr Menschen nur noch prekäre Einkommen, das Rentenniveau sinkt und die Sozialtransfers reichen für ein Leben in Würde nicht aus.

Zur Überwindung dieses Zustandes schlagen wir vor, dass ein **Solidaritätsrat** eingesetzt wird, der in einer Wahl von allen Wahlberechtigten bestimmt wird, oder nach einem vereinbarten Verteilungsschlüssel aus VertreterInnen von Gewerkschaften, Unternehmensverbänden, Beamtenbund, Verbände der Selbständigen, Sozialverbände und der Gebietskörperschaften zusammengesetzt wird.

Aufgabe dieses Rates ist es zunächst, einen ersten Rahmenvorschlag für eine zukünftige, bundesweit gültige Entlohnungsordnung für alle Tätigkeiten auszuarbeiten, von der Hilfskraft bis zum Konzerndirektor.

Es ist quasi ein Tarifvertrag, der über alle Branchen und alle Tätigkeiten Gültigkeit hat.

Der Rat erhält die Vorgabe, dass das **maximale Einkommen das 7- bis 10-fache** des niedrigsten Lohnes nicht übersteigen darf, und der niedrigste Lohn sollte nicht niedriger als 60 % des Durchschnittslohnes sein, was dem OECD-Standard entspricht.

Der Solidaritätsrat wird danach Vorschläge für die Höhe der **staatlichen Sozialleistungen** ausarbeiten, die als Grundlage für die neue Festsetzung der Sozialleistungen verwendet werden.

7. Solidarischer Welthandel – Regionalisierung statt Globalisierung

Der nahezu grenzenlose Welthandel hat wenige Gewinner, dafür aber sehr viele Verlierer hervorgebracht. Die Globalisierung ist nicht der einzige aber ein wesentlicher Grund für die Armut in vielen Staaten des globalen Südens.

Verlierer sind vor allem die Menschen in den Staaten, die nicht den Sprung zur eigenständigen Industrialisierung - wie z.B. Südkorea - geschafft haben. In einigen Staaten, vor allem in Asien wurden zwar eine nennenswerte Anzahl von Arbeitsplätzen geschaffen, die Beschäftigten werden aber so miserabel entlohnt, dass sie die Produkte, die sie erzeugen, nicht selbst konsumieren können. Sie sind die modernen Sklaven für die Profiteure der Globalisierung. Aber auch Arbeitskräfte in den Industriestaaten sind betroffen, wenn ihre Arbeitsplätze in Niedriglohnländer verlagert werden, und sie in der Folge keinen oder nur einen geringer entlohten Arbeitsplatz finden können.

Gewinner sind die international agierenden Konzerne, für die sich zusätzliche Gewinnchancen eröffnen. Gewinner sind aber auch die Menschen in den Industriestaaten, die nicht der Konkurrenz mit den Niedriglohnländern ausgesetzt sind, weil sie in den ungetrübten Genuss der billigen Waren aus den ausgebeuteten Ländern kommen.

Nahezu weltweit ist die Marktwirtschaft etabliert. Eine Marktwirtschaft kann aber nur dann zufriedenstellend funktionieren, wenn für alle Beteiligten die gleichen oder ähnlichen Rahmenbedingungen bestehen. Erforderlich sind:

- Ein vergleichbares Lohnniveau
- Ähnliche soziale und arbeitsrechtliche Bestimmungen
- Ähnliche Steuerbelastungen
- Vergleichbare Umweltvorschriften
- Ähnlicher Ausbildungsstand der Bevölkerung
- Vergleichbarer Entwicklungsstand der Wirtschaft
- Faire Handelsverträge für alle Beteiligten

Es ist leicht zu erkennen, dass diese Bedingungen in der nun globalisierten Wirtschaft bei weitem nicht einheitlich sind. Die nahezu grenzenlos agierende neoliberale Wirtschaft ist daher für eine globale Marktwirtschaft völlig untauglich. Es war ein großer Fehler, diese Politik kritiklos zu akzeptieren. Sie verursacht sehr hohe Anpassungsverluste und sie macht die Reichen reicher und die Armen ärmer.

Die Lösung ist die Bildung von regionalen Wirtschaftszonen, bestehend aus Staaten mit ähnlichem Entwicklungsstand und ähnlicher Kultur und vielleicht sogar ähnlichen klimatischen

Bedingungen. Ziel dieser Wirtschaftszonen ist es, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu erleichtern, gleichzeitig aber nach außen vernünftige, schützende Handelsschranken zu definieren. Dadurch wird die für eine Marktwirtschaft erforderliche Chancengleichheit wiederhergestellt und die im Aufbau begriffene Wirtschaft einer Region oder gar eines ganzen Kontinents kann geschützt und gefördert werden. So ist eine Befreiung der Menschen in den Niedriglohnländern aus der Versklavung durch internationale Konzerne möglich.

Auch angesichts der kulturellen, klimatischen und religiösen Unterschiede ist es falsch, alle Menschen in dasselbe Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu zwingen. Und genau das geschieht heute, getrieben von der WTO, den USA, der EU, von Japan und nun auch von China. Dieser Zwang der Gleichschaltung ist wohl auch ein wesentlicher Grund für die Ausbreitung des neuen nationalistischen und rechtsradikalen Denkens bis hin zum Terrorismus, denn der internationale Wettbewerb zwingt die Menschen, anders zu arbeiten und zu leben als sie es gewohnt sind. Sie fühlen sich fremdbestimmt und nicht mehr frei.

In den regionalen Wirtschaftszonen können auch Unternehmen aus anderen Regionen investieren und produzieren, aber in erster Linie für den lokalen Markt. Dann können auch in diesen Ländern die Menschen zur Steigerung ihres eigenen Wohlstandes arbeiten.

Eine solche neue Handelspolitik muss von einer angepassten Entwicklungspolitik begleitet werden. Ziel der Entwicklungspolitik kann nicht mehr sein, die Basare der Länder des Südens zu Märkten für unsere Waren zu machen, und im Gegenzug die Rohstoffe dieser Länder zu Niedrigpreisen auszubeuten. **Ziel muss werden, diesen Ländern auf ihren selbstbestimmten Entwicklungswegen Unterstützung und Hilfe zu gewähren.**

8. Die Überwindung des kapitalistischen Denkens

Es ist zu erwarten, dass wir spätestens auf dem Weg zur Überwindung des Klimawandels lernen werden, dass ein „ewiges“ wirtschaftliches Wachstum auf unserer endlichen Erde nicht möglich ist. Vielleicht entpuppt sich der Klimawandel sogar noch als einen Glücksfall, weil wir dadurch hoffentlich noch rechtzeitig erkennen, dass wir unsere Lebensgrundlagen schützen müssen. Dazu ist eine Abkehr vom kapitalistischen Denken unumgänglich.

Eigentlich ist das gar nicht schwierig – wir müssen uns „nur“ klar machen, dass alle Güter und Dienstleistungen von Menschen erzeugt werden, unter Zuhilfenahme von natürlichen Ressourcen, Kapital wird nur vorübergehend benötigt. Prof. Binswanger nannte deshalb das Kapital nicht wie die Arbeitsleistung und die Rohstoffe einen Produktionsfaktor, sondern einen **Promotionsfaktor**. Das Kapital für reale Investitionen kann z.B. von der Notenbank als Kredit zur Verfügung gestellt werden. Investoren werden gar nicht gebraucht! Im Gegenteil, sie sind die Ausbeuter der Realwirtschaft. **Wir müssen endlich aufwachen und uns von völlig unbegründeten Vorstellungen und Ängsten befreien.**

Was wir aber dringend brauchen, sind UnternehmerInnen, Menschen mit Kreativität und Unternehmensfreude, die zusammen mit ihren MitarbeiterInnen Produkte und Dienstleistungen entwickeln und zur Verfügung stellen, mit denen Probleme gelöst und der Wohlstand erhalten werden kann.

Ganz konkret bedeutet dies, dass in Zukunft Kapital nicht mehr „entlohnt“ wird, dass also Kapitalgeber nur einen Inflationsausgleich erhalten.

Wir benötigen einen **Gesellschaftswandel**, weg von der ausbeuterischen Bereicherungswirtschaft, die uns durch den Klimawandel, das Artensterben, und die vielfältige Zerstörung der Umwelt und der sozialen Spaltung in eine nie dagewesene Krise geführt hat, hin zu einer **Gleichgewichtsökonomie**, die unterhalb der ökologischen Belastungsgrenze unserer Erde bleibt und zugleich ein solidarisches Zusammenleben aller Menschen ermöglicht.

Horst Müller

Nürnberg, am 21. Februar 2020

Kommentar zum Konzept einer sozial-ökologischen Transformation

Ich beziehe mich auf das Positionspapier des Koordinierungskreises zur Attac-Diskussion um eine sozial-ökologische Transformation (Januar 2020). Es heißt, zentraler Bezugspunkt von Attac sei bisher die Problematik der Finanzmärkte und die damit verbundene kapitalistische Globalisierung. Inzwischen sei unumgänglich, die soziale mit der ökologischen Frage zu verknüpfen. So wurde die sozial-ökologische Transformation schon 2018 als Schwerpunkt beschlossen und 2019 als erstes Thema Mobilität fokussiert.

Die strategische Perspektive einer sozial-ökologischen Transformation soll die Vernetzung mit anderen Akteuren aus den „sozialen und Klimagerechtigkeitsbewegungen“ ermöglichen. Dabei sei klar: „Ein Systemwechsel ist nötig“, wir brauchen „System Change – not climate change“. Und „der Begriff sozial-ökologische Transformation steht für diesen Systemwechsel, den wir in allen Lebensbereichen benötigen.“

Vorbemerkungen

Dass man die akuten gesellschaftlichen Probleme im Bewusstsein eines letztlich nötigen System Change angeht, hat den Ansatz und die Bewegung von Attac schon immer sympathisch gemacht. Mit der jetzt beschlossenen Erweiterung und Öffnung des Themenfeldes, praktisch für die gesamte Alternativen- und Transformationsdebatte, zeigen sich aber auch etliche Unklarheiten und Schwierigkeiten, die mit diesem Schritt verbunden sind.

Das beginnt mit der strategischen Titulatur sozial-ökologisch. Mit einigem Bewusstsein bezüglich der Systemfrage und der Rangfolge von Problemen müsste, zumindest im Fortgang, von einer „sozial-ökonomischen und ökologischen Transformation“ die Rede sein.

Vernetzt man sich etwa mit der Umwelt- und Klimabewegung, so wäre es noch mehr angebracht, über die nötige politisch-ökonomische Fundierung der Systemkritik und der heutigen Protestbewegungen nachzudenken.

Gerade wenn man den Blick auf die Veränderung des Ganzen richtet, wo in der Tat „alle Sektoren des gesellschaftlichen Lebens dominiert und verknüpft durch Kapitalverwertungsinteressen“ sind, sollten die Begriffe sorgfältig abgewogen werden. Es muss eine stichhaltige Sicht auf das politisch-ökonomische System und seine Problematik entwickelt werden, sonst wird am Ende alles grün.

Das Positionspapier ist allerdings zerstreut wie alle Strebungen für ein „gutes Leben für alle“: Geht es nicht um ein besseres Leben und für andere Verhältnisse“? Attac teilt jetzt die vielfältigen und teils eklatanten Schwierigkeiten des Feldes, dem man sich geöffnet hat: Die sogenannte Mosaiklinke oder das „emanzipatorische Lager“ bietet kein stimmiges Bild, und von einer konkreten Systemalternative kann weithin nicht die Rede sein.

Zur Analyse des systemischen Kernproblems

Das systemische und epochale Problem im angesprochenen Gesamtzusammenhang ist die gesellschaftlich bestimmende Reproduktionsform der Kapitalwirtschaft und die so oder so an diese Wirtschaftsweise gebundene, bedingte Staats- oder Gesellschaftsform. Was ist dabei das Kernproblem?²

Das Geheimnis der vorherrschenden, offensichtlich „wachstums- und profitgetriebenen, zerstörerischen Wirtschaftsweise“ ist ihr intrinsisches ökonomisches Kalkül. Dieses impliziert einen immer wieder und mehrdimensional wirkenden Verwertungs-, Rationalisierungs-, Akkumulations-, Wachstums-, Innovations- und Expansions- und Extraktionszwang. Eben dieser markiert die wirtschaftsgeschichtlich treibende Spezifik des Systems und ist für dieses unauflösbar. Die Tendenz, dadurch die Erde bzw. die Naturgrundlagen und den Arbeiter bzw. die ihre gesellschaftlichen Welten erzeugenden Menschen zu ruinieren, hatte Marx auf-

grund seiner Tiefenanalyse der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft erfasst. Bei der üblichen Rede von einem „Wachstumszwang“, so auch in der Degrowth- und Postwachstumsdebatte, kommt die entscheidende politisch-ökonomische Kernproblematik der Kapitalismusanalyse nicht in den Blick. Ebenso ist die Rede von der „Profitmaximierung“ ein beliebter Terminus, der vor allem auf die subjektive Seite aufmerksam macht. Profit durch immer neue unternehmerische Initiativen immer neu zu generieren, ist primär ein Systemzwang innerhalb der Realwirtschaft und trifft jeden Unternehmer. Eine Finanz-, Profiteurs- und Bonikaste spielt bei dieser Ordnung oder Unordnung der Dinge freilich überall mit. Bei der Fokussierung auf den „Mehrwert“ bekommt man die gesellschaftlichen Transformationsprobleme nur halb in den Blick: Von Seiten der Verwertungsökonomie werden die steuerlichen Anforderungen des Staats- und Gemeinwesens gerne abgewehrt, rangiert der Sozialstaat und das Öffentliche vor allem als Unkostenfaktor, wenn nicht als Melkkuh. Es entwickelte sich so ein Sozialstaat an der kurzen Leine. Es wird also nicht nur die primäre Subordination der industriewirtschaftlichen Arbeit unter Kapitalinteressen erzwungen, sondern zugleich ein Austeritätsregime des verschuldeten Steuerstaats über das Öffentliche und damit auch eine sekundäre Subordination sozialwirtschaftlicher Arbeit. So agiert der verschuldete Steuerstaats auch als Promotor der Kapitalwirtschaft, von der er fiskalisch lebt, geriert sich als Wettbewerbsstaat oder gegebenenfalls auch extra muros als entsprechend hochgerüsteter Interventionsstaat. Es ist eben dieser ganze Komplex einer menschlich, gesellschaftlich und geschichtlich überholten, überfälligen Reproduktionsform und Sozialformierung, der in einen transformatorischen Prozess hineingezogen werden soll.

Der Sozialkapitalismus als das Was der Transformation

Die Wurzel der Probleme liegt freilich im Ökonomischen. Spricht man aber nur allgemein von einer Überwindung der herrschenden Wirtschaftsweise, so wird dabei noch eine verengte Vorstellung von der Wirtschaft mitgeschleppt: Das wirtschaftliche Leben im modernen Sozialkapitalismus beruht wesentlich auf einem komplementären Verhältnis von industriewirtschaftlicher Warenproduktion und einer zweiten Hauptabteilung der immer bedeutenderen sozial-infrastrukturellen Leistungen oder „sozialwirtschaftlichen Dienste“, wenn man so will Angelegenheiten der ver.di Gewerkschaften. Diese öffentlichen Angebote werden durch die sozioökonomisch zentrale Rolle des Steuer- und Sozialstaats vermittelt. Die Staats- und Sozialhaushalte oder die Staatsquote bilden das ab.

Marx konnte von dieser Konfiguration nichts wissen, und der buchgläubige Marxismus hat bis heute weder die spezifische Formbildung der sozialwirtschaftlichen Dienste, noch die grundsätzliche Veränderung der ursprünglichen sogenannten Reproduktionsschemata, oder gar etwas von einer im Schoße der modernen Sozialstaatlichkeit, also mehr oder weniger latent, bereits andrängenden Alternative begriffen.

Selbst ohne dies könnte man zunächst mit Blick auf die bestehende Weltunordnung verstehen, dass eine mehr oder weniger geglückte national- und sozialstaatliche Formierung der Gesellschaft die reellste Ausgangsbasis für eine noch mögliche gesellschaftliche Emanzipation und zugleich den wichtigsten Stützpunkt gegen Tendenzen zum Staatszerfall und eine zunehmend drohende Entzivilisierung darstellt.

Im Interesse gesellschaftlicher Transformation muss es daher ganz wesentlich um die Verteidigung der national- und sozialstaatlichen, demokratischen und souveränen Konstitution als Basisorganisation zivilisierter Gesellschaftlichkeit im 21. Jahrhundert gehen, also gegen neoliberale Zumutungen und Pressionen von innen und außen, gegen Korruption und Diktatur sowie gegen Wirtschaftskriege und Aggressionen, vor allem auch gegen nach alle nach rechts drängenden politischen Gegenkräfte.

Aus diesem Grund ist die Behandlung des Nationalen in der ganz überwiegenden Art, als gehe es dabei immer irgendwie um Nationalismus und vor allem eine Angelegenheit der

Rechten, ein Fehler der Linken. Man überlässt den fundamentalsten, nationalstaatlichen Konstitutionsaspekt moderner Gesellschaftlichkeit und die immer noch reellste Ausgangsbasis einer gesellschaftlichen Befreiung der politischen Rechten. Im gesamten Positionspapier kommt der Begriff „Staat“ als solcher nicht vor.

Transformationsanalytik und die latente Systemalternative

Meine eigene These zur Staatlichkeit lautet: Zwecks Verteidigung und Entwicklung des demokratischen Sozialstaats oder Gemeinwesens geht es in erster Linie um die Herstellung des Zustandes, dass die im öffentlichen, sozial-infrastrukturellen Bereich oder in den sozialwirtschaftlichen Diensten erbrachten Leistungen aus Steuern auf Einkommen und künftig vor allem auch auf investive Kapitalien finanziert werden: Die annähernde Diskussion über Maschinen-, Roboter- oder Wertschöpfungssteuern wurde leider immer wieder abgewürgt. Dass ein wirtschaftlich existenzfähiges Gemeinwesen nicht das Recht oder gar die Pflicht hat, den fürs Allgemeine und Ganze nötigen Teil voll einzufordern, anstatt sich in die Staatsverschuldung treiben zu lassen, ist eine im Grunde einfache, aber im geläufigen Wirtschaftsdenken auch wieder nicht so leicht zu fassende Annahme.

Wenn man davon absieht und unvermittelt auf eine „gerechte“ Besteuerung pocht, dann ist die Frage, was das heißen soll – im Verhältnis von Arbeit und Kapital kann es ein Maß für Gerechtigkeit, etwa einen „gerechten Lohn“, überhaupt nicht geben. Entsprechendes gilt für den Begriff „gerechte Wirtschaftsweise“. Gerecht ist der Tod, weil er alle gleich trifft, und ansonsten gibt es unzählige grobe Ungerechtigkeiten und Gemeinheiten in der Welt. Um dem abzuhelpen, braucht es eine mensch- und damit auch naturgemäßere, zivilisatorisch höher stehende „Produktionsweise und Gesellschaftsform“, wie Marx das nannte.

Es geht bei der angesprochenen Frage der Besteuerung, die im Positionspapier überhaupt nicht zur Sprache kommt, nicht nur um Durchsetzung von Steuerpflichten, sondern um eine bisher fehlende Besteuerung des sogenannten konstanten oder investiven Kapitals. Das läuft auf eine grundsätzliche Erweiterung des bisher primär einkommensorientierten Steuersystems hinaus.

Was höhere Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern angeht, so ändern sie nichts Grundsätzliches am System, sondern haben dieses vielmehr zur Voraussetzung. Das gilt auch für jene Finanztransaktionssteuer, womit den mehr oder weniger pervertierten Finanzmärkten „Ressourcen entzogen und in sozial-ökologische Aufgaben investiert“ werden könnten.

Demgegenüber wäre die Besteuerung des politökonomisch sogenannten konstanten, einfach gesprochen investiven Kapitals eben keine bloße Umverteilung, sondern greift an einem Knotenpunkt der Systemverhältnisse an und bedeutet die Inkraftsetzung andersartiger⁴ volkswirtschaftlicher Wert- und Reproduktionsverhältnisse. Das wäre der Beginn einer Umstimmung im Ganzen.

Ein erster Schritt der sozial-ökonomischen Transformation wäre also die fiskalisch ansetzende Befreiung des Steuer-, Rechts- und Sozialstaats aus der Staatverschuldung, dadurch zugleich auch die Gewinnung von Mitteln für eine Ausfaltung oder Emanzipation des Öffentlichen als sozusagen zweite Hand der gesellschaftlichen Arbeit. Hier geht es um produktive, wertschaffende Arbeit für sozialwirtschaftliche Leistungen, welche den allgemeinen, gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Existenzgrundlagen der Wirtschaft und Gesellschaft oder dem ganzen zivilisatorischen Gehäuse gelten, in dem die Individuen sich schließlich entfalten möchten.

Diese Orientierung bedingt über eine Steuerreform hinaus die prinzipielle Ablehnung der Privatisierung des Öffentlichen oder Sozialwirtschaftlichen, also von Erziehung und Bildung über den öffentlichen Dienst, der harten Infrastrukturen der Energieversorgung, der Verkehrs- und Kommunikationssysteme bis hin zu den Einrichtungen und Diensten der „sozialen Sicherungssysteme, der Gesundheits- und Alterssicherung“, sowie der Sorge für die Natur

und Umwelt, insbesondere für das Klima als planetarisches Problem.

In der warenproduzierenden, kapitalwirtschaftlichen Abteilung ginge es demgegenüber zunächst um die erweiterte Steuerpflicht, eigentlich um eine Kapitaltransfersteuer, deren Mittel zur Finanzierung des Öffentlichen übergeleitet werden. Dem gegenüber bleiben etwa unvermittelte Forderungen nach einer „Entmachtung der Konzerne“ illusorisch. In jedem Fall ist weiter mit zu bedenken, dass und wie eine so oder so gestaltete markt- und weltwirtschaftliche Verflechtung des waren- und industriegewirtschaftlichen Sektors weiter besteht.

Die Lösung dieser Probleme deutet sich mit dem Begriff einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ an. Dass eine kapitalistische oder gar neoliberal radikalisierte Marktwirtschaft die Dinge im Lot hält oder zum Besten ist, ist dem gegenüber grober liberalistischer Unsinn.

Wenn man schon auf dem Feld der kapitalwirtschaftlichen Warenproduktion „eine Einbeziehung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften“ fordert, dann ist allerdings nicht einzusehen, warum in der Unternehmensorganisation, beispielsweise in Aufsichtsräten, nicht auch direkte lokale sowie gesamtgesellschaftliche, sozialstaatliche Vertretungen angemessen wären. Insofern ist die bisherige Mitbestimmung eine im Grunde ungenügende Angelegenheit. Die angesprochenen negativen Konsequenzen des ökonomischen Kalküls alias Wachstumszwangs der Kapitalwirtschaft verlangen selbstverständlich und auch „ordnungspolitische Maßnahmen“, Regelungen und direkte Interventionen von Seiten des Souveräns. Dies nicht nur zum Erreichen von „Reduktionszielen“ wie z.B. „Grenzwerte, Ausstiegszeiträume oder Verbote für schädliche Verfahren und Produkte“. Es geht zudem um eine gesellschaftliche und zukunftsbezogene, auch außenwirtschaftlich abzusichernde und geregelte Gestaltung gesamtökonomischer Strukturen, zu denen Unternehmen und Branchen von sich aus weder willens noch in der Lage sind.

Es würde nicht genügen zu fordern, dass Einrichtungen einer „Daseinsfürsorge“ in der Form öffentlichen Eigentum zu betreiben wären und „nicht den Einflüssen der Finanzmärkte“ ausgesetzt sind: Fürs erste sprengt die sozioökonomische Form oder der Grundbegriff der sozialwirtschaftlichen Dienste die Verengung eines dem Staat überantworteten oder besser zugemuteten bloßen Notdurft-, Ausgleichs- und Sorgehandelns.

Es geht bei diesen Dingen nicht nur um eine Sicherung und Sorge, sondern um die möglichst positive Entwicklung der allgemeinen Existenz- und Entwicklungsbedingungen der Individuen und der Gesellschaft, auch um eine überfällige Emanzipation der gesellschaftlichen Arbeit in der Form sozialwirtschaftlicher Dienste, im paritätischen Verhältnis zur Industriearbeit.⁵

Diese produziert keine gebildeten und gesunden Menschen, auch Wunderwerke der Technik, aber dabei ebenso massenhaft überflüssig, schädlich und derart überschüssig im Verhältnis zum gesellschaftlichen Bedarf, dass die Expansion in den Weltmarkt eine Existenzbedingung der Verwertungswirtschaft ist. Dass die große freihändlerische und imperiale Expansion heute, in der im 21. Jahrhundert eröffneten Übergangsepoche, an einem systemischen und existenziellen Umschlags- und Rückschlagspunkt angelangt ist, ist eine andere Frage.

Es geht jedenfalls nicht nur um eine „Trennung von der Logik der Profitmaximierung“ und vielleicht noch staatliche Subventionierung. Erforderlich und möglich ist vielmehr die ganz überwiegend öffentliche Finanzierung, sozialwirtschaftliche Ausrichtung und Kontrolle. Auf dieser Grundlage kann die Inanspruchnahme durch die Allgemeinheit mit Gebühren statt mit Preisen verbunden werden, z.B. im öffentlichen Verkehr auf der kommunalen, lokalen Ebene.

Für das Spektrum der sozialwirtschaftlichen Dienste könnte einen neuen Typus öffentlich-rechtlicher, gemeinwesenorientierter Betriebs- und Unternehmensverfassungen erarbeitet werden. Auch sollten entsprechende Rückabwicklungen im Sinne einer Rekommunalisierung und Resozialisierung eingeleitet werden. Jedenfalls geht es nicht um Verstaatlichung im gewöhnlichen Verständnis.

Schließlich kann die zur wirksamen Verteidigung und Emanzipation des Sozialstaatswesens nötige Kapitaltransfersteuer eine nur einleitende transformatorische Maßnahme darstellen: Das Kernproblem kann nicht etwa durch Einkaufs- und Verhaltensempfehlungen gelöst werden. Es geht vielmehr um die reale Aussicht auf eine Brechung oder zumindest wesentliche Einhegung des der produzierenden Wirtschaft inhärenten Wachstumszwangs.

Erforderlich wäre ein wert-, reproduktions- und praxistheoretisches Konzept, eine andersartige sozioökonomische Konfiguration, die von einem anderen, haushälterischen ökonomischen Kalkül beseelt ist. Man kann diese enorme theoretische Lücke jetzt nicht einfach überspringen, nachdem die dazu eigentlich berufene marxistische politische Ökonomie seit mehr als 100 Jahren nichts Tragfähiges entwickelt hat.

Aus bisherigen Überlegungen ergibt sich definitiv so viel, dass die Lösung des Problems überhaupt erst auf dem sozialkapitalistischen Entwicklungsniveau möglich ist, insofern sich in dieser dreigliedrigen Struktur bereits eine Systemalternative kristallisiert und derart auch wirklich, wenn auch latent existiert. Auf industriekapitalistischer Stufenleiter war die erhoffte Systemalternative noch nicht innerlich angelegt.

Die grundsätzliche These lautet, dass die Eliminierung des Steigerungszwangs im Prinzip bedeutet, die kapitalwirtschaftliche, jetzt in sozialkapitalistischer Fassung erweiternde Reproduktionsformierung auf die Form einer sogenannten einfachen Reproduktion zurückzuführen. Dies auf dem inzwischen erreichten höheren Niveau der Produktivität. Die Wirtschaft würde sich dadurch in ein bilanziell, sowohl betriebs- wie volkswirtschaftlich, schlüssiges und qualitativ in jeder Weise entwicklungs-fähiges System verwandeln. Dieses könnte gesellschaftlich zwangsfrei und überlegt gehandhabt werden. Insofern dreht sich der momentane Streit um Wachstum oder aber Degrowth noch um eine falsche Alternative und es müsste ganz neu bedacht werden, was eine nicht- oder postkapitalistische, wenn man so will sozialistische Ökonomie eigentlich sei.

Die neoliberale Offensive und Globalisierung

Mit im Zentrum aller transformationstheoretischen Überlegungen steht natürlich die Auseinandersetzung mit der neoliberalen Offensive und Globalisierung, die sich nunmehr schon seit über 30 Jahren gegen jegliche emanzipative Sozialstaatlichkeit oder auch demokratische gesellschaftliche Selbstentwicklung richtet. Mit Blick auf die latent vorkonfigurierte Systemalternative handelt es sich nicht nur um eine versuchte Krisenbewältigung oder radikale Optimierungsstrategie, sondern um eine Gegenrevolution.

Die dagegen aufgebotene Systemkritik gilt der neoliberalen, deregulierten und entgrenzten, krisenträchtigen Kapitalwirtschaft, ihrer finanzkapitalistischen Aufblähung und Radikalisierung, der gesellschaftlichen Spaltung und Armut, der Entmächtigung des Sozialstaats und Politik der sozialen Austerität, der Privatisierung des Öffentlichen, den Entstellungen des Alltagslebens und der sozialen Identität der Menschen, den Folgen der liberalistischen Doktrinen und Handelsverträge für den internationalen Verkehr und für die Entwicklung der schwächeren Gesellschaften, der inzwischen fortgeschrittenen Extraktion und Erosion der planetarischen Existenzgrundlagen.

Das alles liegt längst auf dem Tisch, und an wiederholten und eindringlichen Untersuchungen über diese und noch viel mehr Übelstände mangelt es nicht. Dass alles dieses „weltweit ein ökologisch nachhaltiges und sozial gerechte Leben für die meisten Menschen verhindert“ ist aber erst einmal eine hochabstrakte Verallgemeinerung. Was steht konkret an?

Es geht beispielsweise nicht nur um eine „Regulierung der Finanzmärkte“, sondern um die Rückholung der verselbständigten Geld- und Finanzsphäre in den politischen und sozialstaatlichen Kompetenzbereich, also auch um die Organisation des Bankwesens als sozialwirtschaftlicher Dienst am Gemeinwesen: Die Verhinderung jeglicher derartigen Entwicklung ist letztlich das Hauptverdienst der Europäischen Notenbank.

Es geht auch nicht nur um die allgemeine „Dominanz von Kapitalverwertungsinteressen“,

sondern sehr konkret um die kapital- und finanzwirtschaftliche Unterordnung des Sozialstaats und die Übergriffigkeit der Kapitalwirtschaft auf den Sektor der sozialwirtschaftlichen Dienste. Unabdingbar für eine Wende ist hier die umrissene Steuerreform, dazu die grundsätzliche Zurückweisung der Privatisierung des Öffentlichen und dessen Instituierung in öffentlich-gemeinnützigen Formen.

Es geht auch nicht nur um eine nachgehende Umverteilung von kapitalistisch immer wieder herausgepresstem Reichtum, oder um die Mobilisierung von Ressourcen für sozial-ökologische Projekte, insoweit solche Investitionen in Nachhaltigkeit nur ein Modernisierungsprogramm für die Kapitalwirtschaft darstellen oder ein fragwürdiges grünes Label in die Märkte bringen.

Oder wie sollen sich „regionale Produktionsnetze“ ohne gesellschaftlich konkrete Raumordnung, Wirtschaftspolitik, Förderungsmaßnahmen und außenwirtschaftliche Regulierung entfalten könnten? Sollen beispielsweise die Kommunen bei ihrer Sozial- und Wirtschaftsförderung, bei Ausschreibung von Aufträgen und Projekten, weiterhin dem neoliberalen EU-Reglement unterworfen bleiben?

Charakter der EU als neoliberale Formierung im Weltsystem

Schließlich kann von einer tragfähigen sozial-ökologischen oder letztlich sozioökonomischen Transformation sinnvollerweise nicht die Rede sein, wenn dabei nicht auch das Verhältnis zur Europäischen Union so oder so geklärt wird:

Die EU-Kommission liefert nicht nur „Mogelpackungen“ in Bezug auf eine sozial-ökologische Transformation, sondern hat überhaupt nichts anderes im Sinn als die beharrlich bohrende, fortschreitende Durchsetzung neoliberaler Standards und Regularien im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. So wird mit der Aufklärung über den Europäischen Green Deal als ein „Programm, durch grüne Technologien europäischen Konzernen neue Märkte zu erschließen“, nur die offenkundige Haupttendenz belichtet. Aber mit welchen Konsequenzen? Dass von Seiten dieser EU eine „Agrarwende“ erwartet oder erreicht werden könnte, die statt kapital- und exportgetriebener Massenproduktion auf die „Förderung ökologisch-solidarischer Landwirtschaft“ setzt, ist reinstes Wunschdenken: Der EU-Mercosur-Vertrag ist diesbezüglich ein neuer und nicht der letzte Schlag. Eine „gesunde und Ernährungssouveränität sichernde Landwirtschaft“ setzt jedenfalls eine in ihren Grenzen und nach ihren Gegebenheiten entscheidungs- und handlungsfähige, in der Tat „souveräne“ Sozialstaatlichkeit voraus.

Schließlich prallt der Ruf nach Konversion überflüssiger industrieller Produktionen oder Umwidmung militärischer Ressourcenverschwendung, nach radikaler Abrüstung ab an der zunehmenden Entwicklung der EU als juristisch und administrativ neoliberal konstituierter und fixierter, militärisch zunehmend gerüsteter und dabei mit einer aggressiven NATO weiterhin verbandelter, interventionsfähiger Block im kapitalistischen Weltsystem.

Zur den Perspektiven einer sozial-ökonomischen und ökologischen Transformation In der Tat ist klar: „Ein Systemwechsel ist nötig“. Wir brauchen „System Change – not climate change“. Der Begriff „Sozial-ökologische Transformation“ soll für diesen „Systemwechsel“ stehen, „den wir in allen Lebensbereichen benötigen.“ Über die Frage, was den Kern des Systems ausmacht oder wie es im Ganzen strukturiert oder formiert ist, muss allerdings noch nachgedacht werden.

Sonst bleibt auch die zur „Lösung der Probleme“ angebotene Formel, eine „umfassende gesellschaftliche Kontrolle über Produktion und Verteilung von Gütern“, eine leicht angestaubte, in der Sprache der Philosophie „abstrakte Negation“. Die nötigen institutionellen Transformationen aus der sozialkapitalistischen Ausgangslage heraus, auch was die künftige Rolle von Wert- und Marktverhältnissen angeht, müssen konkreter gefasst werden.

Ähnliches gilt für die Perspektive einer „umfassenden demokratischen Teilhabe in allen Lebensbereichen“ und Gelegenheiten der Menschen, um „über die Ausgestaltung einer eman-

zipatorischen Gesellschaft“ zu entscheiden. Wohin führte eine radikale Demokratisierung über die liberal-repräsentative Demokratieform hinaus, ohne entsprechende Voraussetzungen in der gesellschaftlichen Institutionalisierung von Bildung, Wissen und sozialer Vernunft, ohne die praktische Anerkennung von Kompetenzverhältnissen? Der per Losverfahren ernannte digitale Idiot würde am Ende vielleicht fragen „Alexa, soll ich Ja oder Nein sagen?“. Der Blick des Positionspapiers richtet sich schließlich aufs Weltganze und fördert, wie könnte es anders sein, wenig Ermutigendes zutage: Eine „zunehmend desintegrierte Welt“, in der die Kämpfe um Macht und Ressourcen „verstärkt zu Kriegen führen, die zusammen mit den Folgen der Klimakrise immer mehr Menschen in die Migration treiben“. Ein Haupteffekt dieser sich gewiss weiter verstärkenden Entwicklungen wird die Unterminierung der halbwegs vorhandenen und ohnehin fragilen zivilisatorischen Substanz der heutigen Weltgesellschaften sein.

Ich komme an diesem Punkt auf die Ahnung zurück, dass eine theoretische und programmatische Öffnung zur gesamten Alternativ-, System- und Transformationsproblematik nicht einfach zu meistern ist. So wird mit der lapidaren Feststellung, dass die „unnötige Produktion“ abgebaut und „stattdessen materielle Versorgung weltweit sichergestellt“ werden muss, eine ungeheure Problematik nur angedeutet. Als ganz und gar übergroßes Ding erscheint schließlich die Perspektive, „ein belastbares UN-geführtes Sicherheitsregime einzuführen“. Was dem gegenüber, ohne kosmopolitische Illusionen, machbar ist und auf dem langen Weg zu einer Systemalternative nötig erscheint, ist die Verteidigung der Substanz und der Perspektiven des demokratischen National- und Sozialstaats.⁸

Materialien

Zur Fortentwicklung des Marxismus als dialektische Praxiswissenschaftlichkeit im 21. Jahrhundert. In: Novkovic, Dominik / Akel, Alexander (Hrsg.): Karl Marx - Philosophie, Pädagogik, Gesellschaftstheorie und Politik. Aktualität und Perspektiven der Marx-schen Praxisphilosophie. Kasseler Philosophische Schriften – NF 8. Kassel 2018, S. 251-281.

[Die Publikation als Onlinetext]

Transformationsforschung als dialektische Praxisanalytik. Mit Marx und Bloch auf dem Weg zur konkreten Systemalternative. In: VorSchein 35, Jahrbuch der Ernst-Bloch-Assoziation 2017, Antogo Verlag, Nürnberg 2018.

[Der Artikel als Onlinetext]

Die Formierung des latenzhaltigen Sozialkapitalismus als Ausgangsbasis der Transformationanalyse. Auszug aus dem Konzept PRAXIS, Abschnitt 9.3, S. 434-459.

[Der Auszug als Onlinetext]

Die gesellschaftlichen Infrastrukturen und eine Kapital(transfer)steuer als Schlüssel der Systemtransformation. Zur Grundlegung einer konsequenten Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation. In: Zeitschrift Widersprüche Nr. 150 (2018), S. 53-70. Als Beitrag zur PRAXIS-Diskussion 3 (2019).

[Der Artikel als Onlinetext]

Kapitalwirtschaft oder eine zivilisierte Sozioökonomie als Systemalternative. Die Besteuerung des Kapitals und eine neue Wirtschaftsverfassung als Grundlage gesellschaftlicher Emanzipation. Beitrag zur PRAXIS-Diskussion 2 (2019). (42 S.).

[Der Artikel als Onlinetext]

Kontakt: dr.horst.mueller@t-online.de

Webseite: <https://www.praxisphilosophie.de>

Das Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert. Karl Marx und die Praxisdenker, das Praxiskonzept in der Übergangsperiode und die latent existierende Systemalternative. BoD-Verlag Norderstedt, Oktober 2015. ISBN 978-3-7386-4684-9 (600 S./ 24,80 EUR, als eBook 15,99 EUR).

[Informationen und Sonderdrucke auf der Webseite]

europäisches Attac-Netzwerk

Attac Frankreich: Unsere Vorschläge zur Steuergerechtigkeit und zur Einleitung des ökologischen Übergangs

12 Vorschläge zur Steuergerechtigkeit

Um dem ungerechten und ineffizienten Charakter des französischen Steuersystems ein Ende zu setzen, schlägt Attac eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung der Steuergerechtigkeit vor.

1. **Unnötige Steuerschlupflöcher beseitigen**, um die Bemessungsgrundlage zu verbreitern. Steuerschlupflöcher sind Steuersenkungen für Privatpersonen und Unternehmen, die fast 100 Milliarden Euro pro Jahr kosten und vor allem den Reichsten zugutekommen. Die beiden teuersten Schlupflöcher, die Steuergutschrift für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (CICE) und die Forschungssteuergutschrift (CIR), müssen abgeschafft oder zumindest den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) vorbehalten werden.

2. Die **Progressivität der Einkommenssteuer erhöhen**, zusätzliche Einkommenssteuerstufen einführen.

3. Den **Allgemeinen Sozialbeitrag (CSG)** zu einem progressiven (und nicht proportionalen) Beitrag machen und dem Haushalt der Sozialversicherung und nicht dem Staatshaushalt zuführen.

4. Die Progressivität der Kapitalertragssteuer durch **Abschaffung der Abgeltungssteuer** wiederherstellen, die für Finanzerträge einen einheitlichen Satz von 30 % vorsieht.

5. Die **Vermögenssteuer wiederherstellen und erneuern**, um die Basis für die Besteue-

rung von Vermögen zu verbreitern. Um die Renditen besser zu besteuern, schlägt Attac vor, die Vermögenssteuer auf das gesamte Vermögen eines Steuerpflichtigen (Immobilien, bewegliches Vermögen und Finanzanlagen) zu erheben und eine progressive Staffelung mit einem Freibetrag für den Hauptwohnsitz einzuführen.

6. Die **Mehrwertsteuer** gerechter machen: Während es sich um eine regressive Steuer handelt (bei Haushalten mit niedrigem Einkommen ist der Anteil am Einkommen größer), macht die Mehrwertsteuer die Hälfte der Steuereinnahmen des französischen Staates aus! Deshalb müssen wir ihre Last reduzieren, indem zunächst die Güter des Grundbedarfs von der Mehrwertsteuer befreit werden.

7. Abbau der Steuerunterschiede zwischen **KMU** und Großunternehmen: Dazu gehört insbesondere die Besteuerung von Gewinnen dort, wo sie entstehen, um zu verhindern, dass multinationale Unternehmen ihre Gewinne nach Belieben in Steueroasen ausweisen. Um die Körperschaftsteuer dauerhaft zu „relokalisieren“, muss das Projekt „gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB)“ es ermöglichen, den Wettlauf um den niedrigsten Steuersatz zu beenden. Frankreich kann unverzüglich eine globale Besteuerung multinationaler Unternehmen einführen, um ihre tatsächliche Tätigkeit in Frank-

reich zu besteuern. Es ist auch notwendig, eine öffentliche Berichterstattung nach Ländern einzurichten, damit multinationale Unternehmen verpflichtet werden, Informationen über ihre Tätigkeiten und die Steuern, die sie in allen Ländern, in denen sie tätig sind, zahlen, zu veröffentlichen.

8. **Besteuerung von Finanztransaktionen**: Diese Steuer würde die Bekämpfung von Spekulation ermöglichen, die die Ursache von Finanzkrisen ist, und zum Schutz gegen die Klimaerwärmung in den Ländern des Südens beitragen.

9. Einführung einer **Kilometersteuer**: Um die Relokalisierung wirtschaftlicher Tätigkeiten und die Verringerung des internationalen Handels (und damit der Treibhausgasemissionen) zu fördern, ist es notwendig, eine Erhöhung der Transportkosten zu erreichen. Die Besteuerung eines Produktes nach der Anzahl der zurückgelegten Kilometer ist eine Alternative zu den Zöllen und ermöglicht es, das Ziel auf kooperative Art zu erreichen. Die ökologischen Herausforderungen verlangen es auch, dass wir eine Steuer auf Internetübertragungen (nach Kilobyte) in Betracht ziehen. Die Einführung dieser globalen Steuern wird es ermöglichen, globale Gemeinschaftsgüter zu finanzieren.

10. **Steuerbetrug besser aufdecken**, indem sowohl die personelle und finanzielle Ausstattung der Steuerverwaltung auf-

gestockt als auch die Palette der Sanktionen gegen Betrüger erweitert wird.

11. Harmonisierung der Besteuerung auf europäischer Ebene durch die Schaffung einer „eu-

ropäischen Steuerschlange“, die die Unterschiede zwischen den Steuersystemen schrittweise verringert. Um dem Einstimmigkeitsprinzip in Steuerfragen zu umgehen, sollte eine verstärkte Zusammenarbeit zwi-

schen dazu bereiten Staaten in Betracht gezogen werden.

12. Die CO₂-Besteuerung auf die umweltbelastendsten und bisher weitgehend befreiten Unternehmen verlagern.

14 Maßnahmen zur Einleitung des ökologischen Übergangs

1. Abschaffung der Befreiung von der CO₂-Steuer für industrielle Verursacher, Luft- und Seeverkehr (Kerosin, Schweröl) und Industrieanlagen, die dem europäischen CO₂-Markt unterliegen.

2. Eisenbahnlinien für die täglichen Fahrten sichern, Wiedereröffnung von Bahnhöfen und Eisenbahnstrecken, so dass der Einsatz von Privatfahrzeugen reduziert werden kann, ebenfalls zur Förderung des Güterverkehrs und Verringerung der Anzahl der Lastkraftwagen auf der Straße.

3. Aufgabe der sieben neuen Autobahnprojekte (GCO, A 69 usw.) und Umwidmung der Finanzierung zur **Förderung des täglichen öffentlichen Verkehrs und der sanften Mobilität**, insbesondere in ländlichen und peripheren Gebieten.

4. Finanzierung eines umfassenden Renovierungs- und Wärmedämmungsplans für bestehende Gebäude, wobei lokal hergestellte und/oder biologisch hergestellte Materialien vorgezogen werden und einkommensschwachen Haushalten, die von Energiearmut betroffen sind, Vorrang eingeräumt wird.

5. Finanzierung eines umfassenden Programms zur Schaffung öffentlicher Arbeitsplätze, um die energetische und ökologische Wende durchzuführen und die Rechte der von diesem Übergang betroffenen Beschäftigten zu gewährleisten.

6. Einführung eines Moratoriums für alle neuen Projekte zur Zersiedelung mit Wohn- oder Geschäftshäusern (Einkaufszentren, große unnötige Projekte), um keinen Anreiz für zusätzliche Fahrten zu bieten und die Denaturierung des Bodens zu stoppen.

7. Öffentliche Dienstleistungen und Wirtschaftstätigkeiten nahe der Wohngebiete etablieren, insbesondere in ländlichen und peripheren Gebieten, und Durchführung einer Politik zur Kontrolle von Mieten und Bodenpreisen, damit die ärmsten Haushalte in den Stadtzentren leben können.

8. Begrenzung des Einsatzes von Pestiziden und Düngemitteln sowie Beendigung der industriellen Landwirtschaft und ihre Ersetzung durch die **bäuerliche Landwirtschaft**, indem die Beschäftigung in der Landwirtschaft gefördert und die Subventionen auf ökologische und lokale Produkte umgelenkt werden. Biologische und/oder lokale Produkte und die Redu-

zierung von Abfällen in der Gemeinschaftsverpflegung vorschreiben.

9. Energiepolitik planen, um die Nutzung der **Kernenergie schnellstmöglich zu beenden**, der Energieeffizienz und der Entwicklung erneuerbarer Energien Vorrang einräumen.

10. Sofortige Einstellung öffentlicher Investitionen in fossile Brennstoffe (AFD, CDC, EIB, EBRD, Weltbank) **und in falsche technologische Lösungen**, die darauf abzielen, Verschwendung zu verewigen.

11. Aufhebung der für Total erteilten Bohrgenehmigungen in Französisch-Guayana und Beendigung des Goldabbauprojekts in der Montagne d'or.

12. Gelder auf Sparkonten für Projekte verwenden, die ausschließlich zum energetischen, ökologischen oder sozialen Übergang beitragen.

13. Die vorläufige Anwendung des Abkommens CETA stoppen, das als nicht klimakompatibel gilt, und es nicht ratifizieren.

14. Sich für eine ehrgeizigere EU-Klimapolitik einsetzen im Hinblick auf die Verringerung der Treibhausgasemissionen, den Ausbau erneuerbarer Energien und die Energieeffizienz.

Quelle: [Attac Frankreich](#)

Übersetzung in SiG 131 https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/SiG/sig_131.pdf

Links/Hinweise

EXTERNE LINKS

- Erste Auflage des **Klimaplan von unten** <https://klimaplanvonunten.de/de/> Mit vielen Ansätzen aus dem Degrowth-Spektrum, vor allem im Bereich "Gerechte Reproduktion, Produktion und Konsumtion" An dem Projekt arbeitet Christiane Kliemann, Referentin Sa. vormittag auf dem Frühjahrsratschlag, mit.
 - Der "**Klimaplan von unten**" <https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org/sofortprogramm-klimagerechtigkeit/>
 - In Kürze erscheint das **Memorandum 2020** der AG Alternative Wirtschaftspolitik unter dem Titel "Gegen Markt- und Politikversagen - aktiv in eine soziale und ökologische Zukunft" www.alternative-wirtschaftspolitik.de
 - **DIE LINKE** <https://www.axel-troost.de/de/article/10097.entwurf-der-linken-aktionsplan-klimagerechtigkeit.html>
- Klimagerechtigkeit** – Sondernummer von Sand im Getriebe, Januar 2020
https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/SiG/SiG_SN_Jan2020_-_Vom_Klimawandel_zum_Gesellschaftswandel_-_pdf

Links /Hinweise zu den 2 Hauptthemen der geplanten Fishbowl

1. Globale Finanzmarkt- und Konzernmacht regulieren

- **Energiecharta-Vertrag der EU** ist mit Klimanotstand nicht zu vereinbaren, SiG 134 und https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/binding-treaty/Documents/20_03_Energiecharta-Vertrag_Klimapolitik_FactSheet.pdf
- **Green Deal der EU**
- German Foreign policy: Eine neue Wachstumsstrategie - Der "European Green Deal" <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8136/>
- Attac Österreich: Klimaschutz erfordert neue Wirtschaftspolitik / Green-Washing-deal https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/SiG/sig_134.pdf)

Klimapaket in Deutschland :

- [http://infothek.paritaet.org/pid/fachinfos.nsf/0/7a5f39dc581b78d3c12584b20053c64d/\\$FILE/Stellungnahme_Paritaet_Klimaschutzprogramm_2030.pdf](http://infothek.paritaet.org/pid/fachinfos.nsf/0/7a5f39dc581b78d3c12584b20053c64d/$FILE/Stellungnahme_Paritaet_Klimaschutzprogramm_2030.pdf)
 - <https://www.spektrum.de/kolumne/klimaschutzpaket-der-bundesregierung-springt-zu-kurz/1675002>
- Kampagne gegen Amazon: <https://www.attac.de/bildungsangebot/sig/detailansicht/news/sig-134-werkstatt/> (Punkt 5) ,

2. Lebens- und Arbeitsverhältnisse sozial und ökologisch gestalten

- <https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/kommentar-europa-braucht-klimaschutz-jetzt-statt-klimaneutralitaet-2050/>
- <https://www.ausgestrahlt.de/blog/2019/02/08/atomkraft-keine-option-klimaschutz/>
- Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft: Klimawandel stoppen! in SiG 134 https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/SiG/sig_134.pdf
- <https://www.attac-netzwerk.de/ag-eku/anti-kohle-energiewende/>
- Initiative in Quebec: Der Pakt, SiG 133 https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/SiG/sig_133.pdf